

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Dreit pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Collage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

erschint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 11. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Deutschtum der Krute.

Die Regierung und die nationalistischen Parteien haben durch den Einwand der Unzuständigkeit des Reichstags vergeblich versucht, die preussische Schulpolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung vor den Chor der Landräte im Klassenparlament zu verweisen und von der Erörterung im Reichstage auszuschließen. Da aber die Interpellation der polnischen Reichstags-Abgeordneten an die Erregung, die im Auslande ob der Geschehnisse in Preussen und ob des mörderischen Urteils des Landgerichts in Gnesen entstanden ist, anknapfte, so mußte der Reichstagsler widerwillig Rede stehen und es blieb ihm nur die der Lächerlichkeit verfallende Sache übrig, daß er alsbald nach seiner Beantwortung der Interpellation vor den weiteren Reden die Flucht ergriff; im lomischen Gänsemarsch folgten ihm die übrigen Minister. Nebenbei ist auch dieser Theaterstreich des Grafen Wilow nur die Reflexe einer Bismarckschen Pose. Herr v. Studt, der preussische Kultusminister, der eigentliche Angeklagte, war überhaupt nicht erschienen, was jedoch nicht hinderte, daß der Reichstag sein System gründlich erörterte und über ihn in Abwesenheit das Urteil sprach.

Man kann nicht sagen, daß die Interpellanten von den Polen und aus dem Centrum diese Verurteilung des gewaltthätigen Germanisierungssystems in den polnischen Landesteilen hinreichend vollführt hätten. Vielmehr befrehtigten sie sich einer gewissen Zurückhaltung und vermißten es, der Regierung allzu scharf zu entgegenen, mit der sie durch das Band des Jollwüchters traulich verbunden sind. Erst der socialdemokratische Redner enthüllte die preussische Polenpolitik als einen Teil der allgemeinen Unterdrückungs- und Amnestiepolitik, die Deutschland beherrscht.

Zumal der erste Redner der Polen sprach überaus milde. Die Polen hätten die repräsentative Persönlichkeit ihrer Partei, den Fürsten Radziwill, erbliches Herrenhaus-Mitglied, zur Begründung der Interpellation ausgesandt. Fürst Radziwill gab eine Darstellung der bekannten Vorgänge in Preussen und Gnesen und die Färschlichkeit seiner Kritik fand selbst die Anerkennung des Reichstagslers.

Die Antwort des Grafen Wilow enttäuschte niemanden. Denn selbst die freudigsten Illusionisten werden nicht erwartet haben, daß der Kanzler für weltpolitische Unterdrückung schwächerer Völker einer verständigen Politik gegenüber einer Bevölkerungsminorität im eignen Lande huldigen könnte. Auf die Vorlesung selbst wollte Graf Wilow nicht eingehen, da das eine preussische Angelegenheit sei, aber — und nun der gewohnte Reiter aller Reden dieses Kanzlers, die in Wirklichkeit nur eine sich selbst wiederholende Rede sind: Wie lassen sich nicht durch Stimmungen und Strömungen im Auslande beeinflussen; wir verfolgen nur unsere nationalen Interessen; also werden wir auch im deutschen Osten das Deutschtum gegen das vordringende Polentum schützen.

Interessant war in den Ausführungen des Grafen Wilow nur die eine Bemerkung, daß der österreichische Minister des Auswärtigen nach der Kunde von den Lemberger Demonstrationen gegen die deutsche Regierung, sofort zum deutschen Botschafter in Wien geeilt und befriedigende Erklärungen gegeben habe; hieraus ergibt sich die historisch bedeutende Thatsache, daß Graf Phil Eulenburg sich um diese Zeit nicht auf einer postjagd, nicht in einem Bade befunden hat, auch nicht sonst durch wichtigere Geschäfte von Wien abgehalten war, sondern lebhaftig auf seinem Posten stand.

Die Beiprechung der Interpellation leitete sodann Abg. Noeren vom Centrum ein. Er hielt den Germanisatoren der Massenprügelei treffend die Frage vor: Wie es ihnen gefallen hätte, wenn 1871 Deutschland besetzt wäre und die Franzosen jetzt in einer eroberten Provinz deutsche Schulkinder mit Gewaltsamkeit zur französischen Sprache belehren wollten! Abg. Noeren forderte für die Kinder der polnischen Bevölkerung die Muttersprache im Religionsunterricht und endliche christliche Umkehr der verfehlten Polenpolitik Preussens.

Der Regierung erstanden zwei Helfer, der eine aus der konservativen, der andre aus der nationalliberalen Partei. Graf Limburg-Streu rechtfertigte im Tone und von der geistigen Höhe des Landtags, Junktums die Kinderhändlungen als löbliche Pädagogik, die Polenbedrückung als berechtigte Abwehr, das Urteil einer chauvinistisch besangenen Justiz als Ausfluß vollendetster Objektivität; sollte aber, so könnte der konservative Redner seine Ausführungen, irgendwie in den polnischen Landesteilen der Gerechtigkeit nicht voll Genüge geschehen sein, so hätten die Polen diesen Anspruch verweigert, da sie nicht — hinreichende Unterthontreue besitzen. Doch Graf Limburg hatte noch nicht die ganze Höhe chauvinistischer Brutalitätspolitik erstiegen. Das verblieb dem Redner der Nationalliberalen. Als Herr Sattler sprach, verklärte sich das edle Angesicht des Oberpropheten des Feigels zu himmlischer Glückseligkeit; Herr Ortel hatte den Mann gefunden von wahrhaftigem Verständnis für das höchste nationale Erziehungsmittel, er vernahm begeistert den Lobpreis auf die heilige Krute, die niemals genug geschwungen werden kann. Herr Sattler hatte nur einen Tadel gegen die Regierungspolitik; sie sei einige Zeit nicht fest genug gewesen und habe die Polen verhöhnt; jetzt werde sich Schwanken und Zurückweichen hoffentlich nicht wieder geschehen.

Nachdem zwischen den beiden letztgenannten Rednern der polnische Abg. Dziewowski, Verteidiger im Gnesener Prozeß, mancherlei Thatsächlichkeiten über jene Geschehnisse mitgeteilt und die Regierung gewarnt hatte, sich ein polnisches Exilium zu schaffen, erweiterte als letzter Redner des Tages unser Parteigenosse Ledebour die Debatte zu einer eindringlichen Abrechnung mit dem gesamten System der Mittel- und Anstöße. Er verurteilte nicht nur jeden Versuch, einer nationalen Minderheit eine Sprache, die nicht ihre Muttersprache ist, aufzuzwingen, sondern gab eine

allgemeine Kritik des nationalen Chauvinismus, der in allen Ländern sich regt, der überall Verderben für und dem die Arbeiterklasse den Gedanken der Nationalitätentoleranz entgegensetzt. In treffenden Bemerkungen kennzeichnete der socialdemokratische Redner den pädagogischen und politischen Mißerfolg der preussischen Polenpolitik sowie allgemein die Kläglichkeiten des preussischen Volksschulwesens. Und nach dieser Kritik der Regierung wandte er sich mit Zug gegen die Partei der Interpellanten, die über Unrecht klagen, aber vielfach Teilnehmer des Unrechts sind. Ledebour verwies darauf, daß das polnische Junkertum und die polnische Bourgeoisie, wo sie in der Macht sind, wie in Galizien, an Ungerechtigkeit gegen die arbeitenden Klassen keineswegs den deutschen Klassengenossen nachstehen; allein die Socialdemokratie bekämpft nicht nur die chauvinistische Krute, sondern auch die sociale Krute. Daher müsse die arbeitende Bevölkerung in den polnischen Landesteilen fortdauernd mehr zur Socialdemokratie stoßen.

Die Beiprechung der Interpellation wurde darauf vertagt. Wann sie fortgesetzt werden wird, ist ungewiß. Schon jetzt aber ist die Amnestiepolitik Preussens gerichtet und der öffentlichen Verachtung überliefert.

Am Mittwoch wird der Reichstag die Golddebatte fortsetzen.

Die Viehzölle.

Der „Deutschen Tageszeitung“ hat der Artikel „Die Viehzoll-Erhöhungen“ im „Vorwärts“ wenig gefallen. Den dort geführten Nachweis, daß die deutsche Viehhaltung zugenommen hat, die Einfuhr zurückgegangen und die deutsche Viehzucht unter den bisherigen Zollsätzen in stetigem Aufsteigen begriffen ist, vermag die „Deutsche Tageszeitung“ zwar nicht zu widerlegen, ja sie spricht selbst an einer Stelle von dem „großen Aufschwung der deutschen Viehzucht“; aber meint sie — natürlich ohne dafür den geringsten Beweis zu liefern — die Grenzsperrre aus „veterinären“ (richtiger pekuniären) Rücksichten könne aufgehoben werden, und dann würden hohe Viehzölle „das einzige Mittel sein, um den Ruin unserer heut so kräftig entwickelten Viehzucht durch die spottbillige Auslands-Konkurrenz hintanzuhalten.“

Da aber das bündlerische Organ unserm Nachweis, daß für die beabsichtigten Viehzoll-Erhöhungen sich absolut kein auch nur halbwegs plausible Grund erbringen läßt, nichts andres als die beweislose stereotype Behauptung, die Erhaltung der Landwirtschaft fordere solche Erhöhungen, entgegenzusetzen weiß, versucht es die Frage auf ein andres Gebiet hinüberzuspielen. Jetzt, meint es, müßte der „Vorwärts“ mit einem Male, daß der Viehstand Deutschlands gewachsen sei; er habe vollkommen vergessen, daß er „beim Fleischbeschau-Gesetz und bei allen Kämpfen gegen veterinäre Grenzsperrren stets über die Unzulänglichkeit der heimischen Viehproduktion, über die jammervolle Fleischnot bei uns geklagt hat.“

Ganz recht, der „Vorwärts“ hat damals verschiedentlich erklärt, daß eine Vieh- bezw. Fleischzufuhr aus dem Auslande nötig sei und eine Absperrung gegen letzteres in verschiedenen auf die Zufuhr angevisierten deutschen Gegenden Fleischmangel und Fleischverteuerung hervorgerufen werde. Aber welcher Widerspruch steht denn darin zu den Ausführungen unfres Sonnabends-Artikels? Damit, daß nachgewiesen wird: die deutsche Viehproduktion nimmt zu, die Einfuhr geht zurück, ist denn doch noch nicht behauptet: wir können unsere Fleischbedarf allein decken und brauchen keine Zufuhr. Im Gegenteil, ausdrücklich ist auf den Viehimport aus dem Auslande hingewiesen und gegen seine Belastung durch höhere Zölle Stellung genommen. Möglich, daß die „Deutsche Tageszeitung“, bei der die Zollvorlage die Begriffsverwirrung bedenklich gesteigert, schon in dem Zugeständnis, daß der Viehstand sich vergrößert hat, zugleich das Eingeständnis sieht, wir brauchen keine Zufuhr mehr; allerdings würde sich das Blatt damit, was Logik anbetrifft, noch unter die Ansatbeiter der famosen offiziellen „Begründung“ zum Jolltarif-Entwurf stellen, denn diese folgern aus der Viehzunahme doch nur, daß Deutschland künftig seinen Bedarf aus eigener Produktion decken könnte, wenn dieser ein „ausreichender Schutz“ gewährt würde.

Doch noch einen Einwand hat das Blatt gegen unsern Artikel; nämlich den, wir hätten auf die gestiegenen Fleischpreise Bezug genommen, in Betracht kämen aber nicht diese, sondern die Viehpreise, die mit jenen nicht parallel liefen:

„Vor uns liegt eine Statistik, die sich auf die Durchschnittspreise für lebendes Schlachtvieh und Schweine im Königreich Preussen vom Jahre 1875 bis 1898 erstreckt. In dem ersten Jahrzehnt dieses Zeitraumes betragen die Preise für Rindvieh mittlerer Qualität 29,7 M., im letzten Jahrzehnt dagegen nur 28,3 M. pro Centner Lebendgewicht. Für Schweine sind sie gleichfalls herabgegangen von 41,85 auf 39,3 M. in dem gleichen Zeitabschnitt. — Bezüglich der Durchschnittspreise für Schweine, die doch besonders das Fleisch des armen Mannes liefern, bestätigt auch die Reichsstatistik die etwas rückgängige Preisbewegung. Die statistischen Angaben beginnen hier leider erst mit dem Jahre 1881 und betragen die Durchschnittspreise pro Centner Lebendgewicht (bei 20 Proz. Tara) in dem Jahrzehnt 1881/84 51,4 M., in den letzten fünf Jahren 1890/1900 dagegen nur 49,2 M.“

Nach beiden statistischen Quellen ist also ein Preisrückgang für Schlachtvieh zu konstatieren. Die Fleischpreise im Kleinhandel

haben freilich merkwürdigerweise eine entgegengesetzte Tendenz gezeigt. Hier steigen die Durchschnittspreise für den preussischen Staat von dem Jahrzehnt 1875/79 bis 1894/98 beim Rindfleisch von 114,6 auf 125 Pf., beim Schweinefleisch sogar von 125 auf 149,6 Pf. pro Kilogramm.“

Eine gewisse Berechtigung hat dieser Einwand. Ganz genau parallel verläuft die Bewegung der Fleisch- und Viehpreise nicht. Wenn wir uns trotzdem auf die Fleischpreise bezogen haben, so deshalb, weil sie allein eine statistische Zuverlässigkeit bieten — auch die offizielle „Begründung“ bezieht sich auf Fleischpreise — die Viehpreis-Statistik ist in Deutschland ganz mangelhaft; in manchen großen Städten fehlt sie noch heute, in andern existiert sie erst seit 1892 oder 1893. Dazu aber kommt, daß die Erhebungen von völlig verschiedenen Grundsätzen ausgehen, so daß sich die Reichsstatistik immer wieder bei Mitteilung der betreffenden Ziffern zu folgender Warnung genötigt sieht:

„Zu Vergleichen von Platz zu Platz reichen die Angaben nicht aus, da die Preise für Vieh sich teils auf Fleisch, teils auf Schlacht, teils auf Lebendgewicht beziehen. Die Begriffe des Fleisch- und Schlachtgewichts bedecken sich nach den Handelsgebräuchen der einzelnen Markorte nicht; die Lebendgewicht-Notizen verstehen sich teils mit, teils ohne Tara. Auch die Einteilung in Qualitätsklassen weicht bei der Verschiedenheit der an den einzelnen Markorten zum Verkauf kommenden Schlachtvieh von Platz zu Platz ganz wesentlich ab, und Sorten mit gleicher Bezeichnung haben daher eine verschiedene Bedeutung.“

Welchen Wert deshalb die private, bis zum Jahre 1875 zurückreichende Statistik für das Königreich Preussen, auf welche sich die „Deutsche Tageszeitung“ oben beruft, beanspruchen darf, kann jeder sich selbst sagen. Auch eine Reichsstatistik über die Viehpreise ganz Deutschlands ist uns nicht bekannt, nur eine Statistik der Viehpreis-Notierungen einzelner Städte. Was ist das für eine Statistik, der die von der „Tagesztg.“ mitgeteilten Zahlen entnommen sind?

Leute, die etwas von der Statistik verstehen, sind denn auch bei Wertung der Viehpreis-Statistik sehr mißtrauisch. So sagt Dr. Heinrich Dade, dem auch die „Deutsche Tageszeitung“ Sachkenntnis nicht absprechen wird: „Hiernach scheint die Annahme berechtigt, daß in Norddeutschland eine Preissteigerung für die Schlachtprodukte der Rindviehzucht stattgefunden hat, dagegen in Bayern eine preisrückgängige Tendenz für dieselben beobachtet werden kann... Doch ist es schwer, bei dem Mangel an vergleichbaren Preisnotierungen für Schlachtvieh, allgemein gültige Schlussfolgerungen aus den obigen Preisen für große Gebiete zu ziehen. Immerhin darf wohl angenommen werden, daß die Preise für Schlachtvieh im allgemeinen auf derselben Höhe wie früher geblieben, jedenfalls nicht gesunken sind.“ (Beiträge zur neuesten Handelspolitik, II. Bd., S. 11).

Hervorzuheben ist, daß also auch Dade zu dem Resultat kommt, die Viehpreise seien jedenfalls nicht gesunken; eine Ansicht, für die sich noch verschiedene agrarische Autoritäten anführen lassen.

Besonders verdächtig ist es noch, daß die „Deutsche Tageszeitung“ die „ihr vorliegende“ völlig unkontrollierbare Privatstatistik in der Weise verwendet, daß sie aus einer Periode von 24 Jahren nur das erste Jahrzehnt mit dem letzten Jahrzehnt vergleicht, hier die dazwischen liegenden Jahre aber nicht angiebt. Wenn man ganz willkürlich den Ausgangs- und den Endpunkt, und ebenso willkürlich bestimmte Gruppen zu Durchschnittszahlen zusammenfaßt, kann man ganz nach Wunsch, wie es gerade verlangt wird, ein Niedergehen oder ein Emporsteigen konstatieren. Was besagt die anonyme Statistik der „Deutschen Tageszeitung“ für die einzelnen Jahre von 1875 bis 1898? Es wäre interessant das zu erfahren.

Was bleibt nun von dem ganzen Gerede der „Tageszeitung“ übrig? Nichts als die Meinung, die Landwirtschaft gehe dem Ruin entgegen, wenn sie nicht enorme Viehzollerhöhungen geschenkt erhalte; und diese Meinung läßt sich nicht widerlegen, denn sie stützt sich nicht auf irgend welche Beweis-thatsachen, sie ist lediglich ein Glaubens- und Täuschungsartikel des bündlerischen Bekenntnisses.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Dezember.

Blutiger Zwischenfall in Tientsin.

Ueber einen Zwischenfall, der auf englischer Seite sowohl wie auf deutscher Menscheleben gefolgt hat, liegen mehrere einander widersprechende Meldungen vor.

Zunächst eine amtliche deutsche folgenden Inhalts: „In Tientsin erschah angeblich in dem als Amol bekannten Anfall von Maferei ein Mann des vierten indischen Pundschab-Regiments zwei Mann seines eigenen Regiments. Der Angreifer drang hierauf in das Proviantamt der deutschen Brigade ein, wo er mehrere Schiffe abgab. Der Controleur Ehlert wurde tödlich, zwei Mann schwer, einer leicht verletzt. Der Angreifer wurde dann von einem deutschen Wachposten niedergeschossen.“

Ganz anders stellt das „Reuter'sche Bureau“ den Vorfall dar: „Ein auf Posten stehender indischer Soldat ließ Amol und tötete zwei seiner Kameraden. Eine Compagnie Pundschab-Infanterie marschierte aus, um den Tr.“

flunigen festzunehmen. Mittlerweile hatten aber schon deutsche Mannschaften den Jüder erschossen und eröffneten nunmehr das Feuer auf die anrückenden Pundschab-Infanteristen. Es kam zu einem förmlichen Gefecht, in welchem drei deutsche Soldaten getötet und ein Offizier tödlich verwundet, drei Jüder getötet und mehrere verwundet wurden. Die deutschen Truppen dürfen bis auf weiteres die Kaserne nicht verlassen.

Bemerkenswert ist, daß die deutsche Meldung aus Peking datiert ist, also auf einem Umwege nach Deutschland gelangt ist, während die Reutersmeldung direkt aus Tientsin stammt. Die deutsche Presse hält nichtdestoweniger die englische Nachricht für völlig unrichtig und die deutsche für allein glaubhaft. Wir müssen glauben erst weitere Nachrichten abwarten zu sollen. Ist die deutsche Darstellung in der That die richtige, so verriet die englische Lesart des englisch offiziellen Nachrichtenbureaus nur um so deutlicher die Sympathien, die England Deutschland in Ostasien entgegenbringt. Höchst wahrscheinlich wird diese Schießaffäre zwischen den chinesischen Khatruppen ebensowenig die letzte bleiben, wie sie die erste gewesen ist. —

Die Quelledede des Kaisers.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat es nicht als das heilige — auch von uns anerkannt — Recht des Kaisers proklamiert, Neuzerungen, die er nicht gethan, zu dementieren.

Die Potsdamer Ansprache ist bisher von dem Regierungsbüro, auch von dem „Reichs-Anzeiger“ nicht dementiert worden. Sie kann also für wahr gelten.

Zwei Blätter, die dem Kriegsministerium auch sonst Liebesdienste zu erweisen pflegen und sich aus dieser Quelle inspirieren lassen, bezweifeln in durchaus unverbindlicher Weise die Richtigkeit der Mitteilung; es sind die „National-Zeitung“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“, beide offenbar aus der gleichen Inspiration schöpfend. Beide Organe heben hervor, daß es keine „Unterleutenants“ giebt — was nichts beweist, da die Korrespondenz, der die Mitteilung entstammt, nur die alte Bezeichnung „Sefondelieutenant“ verdeutschte wollte. Weiter behauptet die „National-Zeitung“ mit Bezug auf die genannten Offiziere, daß, soweit diese in Betracht kommen, kein wahres Wort daran sei. Noch unbestimmter ist die Scheinableugung der „Berliner Neuesten Nachrichten“.

Wenn übrigens die „National-Zeitung“ von der „Unwahrscheinlichkeit“ der Mitteilung spricht, die sich schon durch ihre ganze Form als plumpe Erfindung kennzeichnet — so heuchelt hier das Blatt ebenso unwahrscheinlich wie plump. Ist die Rede und die Szene erfunden, so ist sie im Gegenteil sehr geschickt erfunden, sie wirkt durchaus echt und ist auf die glücklichste Weise dem Naturell Wilhelms II. angepaßt.

Wir finden es durchaus natürlich, daß der Kaiser gerade durch die humoristische Verbtheit seiner Kritik an einem Beispiel anschaulich demonstrieren wollte, daß auch ein preussischer Lieutenant ein abfälliges Urteil in kräftiger Form vertragen müsse. —

Die Spitzelkittung. Es dürfte interessieren, wie die Indosultungen aussehen, mit denen die Polizei die Verräterei honoriert. Die in der Sonntagsnummer erwähnte Spitzelkittung über 30 Silberlinge sieht so aus:

30,00 Mark

Geschrieben: Dreißig Mark habe ich für vertrauliche Nachrichten erhalten worüber beschweig.

Lorenz.

Berlin, 4. Dezember 1901.

Wenn übrigens einzelne Blätter, die gezwungen sind, die Moralität des Staates zu behaupten, sich stellen, als glaubten sie die Geschichte von dem arretierten Kriminalbeamten nicht, so hätten sie ja nur nötig, sich auf dem 44. Polizeirevier zu erkundigen. Dort wird man ihnen gewiß gern Rede stehen. —

Die Arminische Moral überbietet noch die katholische „Märkische Volkszeitung“, indem sie eine Mederei über den Arminischen Zwischenfall mit der Bemerkung schließt:

„Der Weibel sollte mit Hüllen, wie der von ihm angezogene, nicht allzu breitspurig operieren; denn wenn sich bei näherer Untersuchung herausgestellt hätte, daß wirklich durch die Schuld des Vaters das Kind jünger wurde, hätte man hundert gegen eins wetten können, daß dieser Vater sich als — „Genosse“ entpuppte hätte. Wirtshaus und Alkohol sind ja die besten Jutreiber der Socialdemokratie.“

Die Kindertragödie hatte sich in dem katholischen Köln zugehört. Und selbst die Unwissenheit eines kerisalen Kaplans blättern sollte nicht so weit gehen, daß ihm die allbekannte Thatsache unbekannt ist, daß die Schnapspfeife in jenen Gegenden verbreitet ist, wo Katholiken und Konfessive noch unumschränkt herrschen und es der sozialistischen Aufklärung noch nicht gelungen ist, ihren sittigenden und hebenden Einfluß geltend zu machen.

Der gemeinsame Protowucher stellt auch eine gemeinsame Moralanschauung zwischen den Rittern à la Armin und den Pfaffen von der „Märkischen Volkszeitung“ her. —

Genosse Weibel sandte der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ folgende Verächtlichung zu:

Schöneberg bei Berlin, den 10. Dezember 1901.

An die Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“ Berlin.

In der heutigen Morgennummer Ihres Blattes schreiben Sie: Der Abg. Weibel hat am Donnerstag von der Tribüne des Reichstags herab eine durchaus falsche Behauptung aufgestellt. In seiner Rede gegen die Zolltarifvorlage sagte Weibel u. a.:

„Im Eichsfelde ist festgestellt, daß 15-20 Prozent aller Schulinder seit Monaten kein Mittagbrot bekommen! Seit Monaten! Entsetzlich!“

Sodann folgt ein Artikel aus der „Halle'schen Zeitung“, in dem gegen diese von mir angeblich gemachte Angabe polemisiert wird.

Ich habe darauf zu erklären, daß ich in meiner Rede gegen den Zolltarifentwurf das Eichsfeld mit keinem Wort erwähnt habe.

Der mitgeteilte Vorgang trug sich, wie auf Seite 299 A des stenographischen Reichstags-Berichts zu lesen ist, in einem Orte in Sachsen zu. Als Berichtsquelle gab ich die nationalliberale „Dresdener Zeitung“ an.

Ich erlaube Sie höflichst, in der nächsten Nummer Ihres Blattes von dieser Verächtlichung Notiz zu nehmen.

Hochachtungsvoll

A. Weibel.

Der Protestresolution im Fall Bredendeb haben sich angeschlossen der „Frankfurter Journalisten- und Schriftstellerverein“ sowie der „Deutsche Schriftstellerverband“.

Konservative Klage.

Die „Konf. Korresp.“, das Organ der konservativen Partei, be- schuldigt in höchst eigenartiger Klage die konservativen Reichstags- Abgeordneten der Unterstützung der Socialdemokratie. Sie sagt:

„Es wird zugegeben werden müssen, daß kein Parlaments- redner so oft durch Zwischenrufe aus dem Hause unter- brochen wird, wie Herr Weibel im Reichstage. Ebenso wird man behaupten können, ohne Widerpruch befürchten zu müssen, daß diese Zwischenrufe keineswegs als Beweis dafür zu gelten haben, daß gerade die Weibelschen Reden mit größerer

Aufmerksamkeit als andre angehört würden und eine hervorragende Bedeutung hätten. Die Sache liegt thatsächlich so, daß der social- demokratische Führer darauf ausging, Zwischenrufe zu provozieren, um seine Redeleistungen interessanter zu gestalten. Er pflegt darum nicht nur ganze Parteien, sondern selbst einzelne Persönlichkeiten zu reizen, und thut dies mit so großer Leidenschaft, daß er häufig die von ihm gewünschte Wirkung erreicht. Es dürfte sich darum empfehlen, die leidenschaftlichen Provokationen Weibels mit aller Ruhe zu ignorieren. Hat Weibel den Wunsch, durch Zwischenrufe angefeuert zu werden, so möge man ihn diesen Wunsch nicht erfüllen. Dadurch würde der socialdemokratische Medner stark abgehülft und der Klame für seine Leistungen so manche Illusion entzogen werden.“

Die konservative Klage ist recht ergötzlich. Weibels Reden sind gar nicht bedeutend, nur die dummen Konversationen verhasen ihnen durch ihren Zwischenruf zu Ansehen. Vielesicht geht die „Konf. Korresp.“ dem Weibel noch tiefer nach und rät ihren Parteifreunden, im Reichstage nicht nur Zwischenrufe zu unterlassen, sondern über- haupt ihren Rede-Eifer zu hemmen. Da die konservativen Reden keinen andern Erfolg haben, als den socialdemokratischen Mednern günstige Gelegenheit zur Herbeiführung konservativer Niederlagen zu bieten, so wäre es das Beste für die Konservativen, wenn sie sich jeglichen Redens enthalten. Das hätte auch den Vorteil, daß dem Reichstage vielerlei Langeweile erspart bliebe.

Die „Konservative Korrespondenz“ erleichtert in derselben Nummer ihre schwere Jollbestimmung durch einen zweiten Stroh- senker:

„In der Jolltarif-Debatte ist von dem Abgeordneten Weibel der Ausdruck „Wuchertarif“ und „Protowucher“ gebraucht worden. Wie meinen, die Anwendung solcher Ausdrücke sollte auf der Rednertribüne des Reichstages nicht gestattet sein. Das in jeder Hinsicht unwahre Schlagwort ist nur geprägt worden, um den Regierung's-Entwurf verächtlich zu machen, und dieser Absicht darf unser Er- achtens im Parlament nicht Vorlauf geleistet werden.“

Nach der „Konf. Kor.“ haben die Medner im Reichstage offenbar die Aufgabe, Regierung's-Entwürfe Lobeshymnen zu reden, — vorausgesetzt, daß diese Regierung's-Entwürfe den Konservativen gefallen wie der „Wuchertarif“. Leider hat in diesem Falle die „Konf. Kor.“ gänzlich vergessen, daß das ihr so peinliche Wort vom Protowucher auf keinen Eringeren zurückzuführen ist als auf ihren kaiserlichen Herrn. Nach dieser Erinnerung wird der bewährte Monarchismus des konservativen Partei-Organs sicherlich jenen Tadel ruhig zurdziehen und Reichstagsrednern, die vom Protowucher sprechen, ob treuer Nachfolge allerhöchster Meinungsäußerung, vielfältiges Lob spenden. —

Einen Schuß gegen „Seelengiste“ verlangt anlässlich der Nordthal des Studenten Jüder wieder einmal die „Germania“. Sie ist allerdings so gnädig, die That des Unglücklichen nicht allein auf dessen Schopenhauer- und Nietzsche- Lektüre zurückzuführen, allein sie glaubt doch, daß diese Philologen ein gut Teil der Schuld an dem Mord zu tragen haben. Höchst wahrscheinlich würde der unglückliche Mensch, den die Stiefmütterlichkeit des Schicksals und die Rohheit seiner lieben Blümenhosen in eine krankhafte Stimmung des Menschendasses und der Menschenverachtung und andererseits höchst gesteigerter Liebesbedürftigkeit getrieben hatte, den Mord auch begangen haben, wenn er nie eine Zeile von Nietzsche oder Schopenhauer gelesen haben würde. Wie oft ereignen sich derartige Eiferwutsmorde, ohne daß einem pessimistischen Philologen die Urheberhaftigkeit des Mordplanes zugeschrieben werden könnte.

Aber selbst wenn die Lektüre der beiden Philosophen das Gemüt des Thäters noch mehr verdüstert und ihm die That suggeriert hätte: ist der „Germania“ denn kein einziger Fall bekannt, daß verlässliche Wahnsinnige krankhaft veranlagte Menschen zu Schreckensthaten veranlaßt haben? Neben zahlreichen philosophischen Schriften sind venena secreta hinter Schloß und Riegel gehalten werden müssen.

Schließlich leitet die „Germania“ aus dem Fall Jüder noch die Komwendigkeit ab, „christliche Lehrer der Philosophie“ für die katholischen Studenten zu fordern. Ob diese christlich-katholische Universitäts-Philosophie aber gegen die antichristliche Philosophie, selbst wenn diese nur, wie bei Schopenhauer, von einem Privat- gelehrten stammt, unter allen Umständen immunisiert? —

Zur Reichstags-Erwahl in Wiesbaden schreibt man uns: In letzter Stunde hat das Centrum um doch noch beschloffen, für Dr. Crüger einzutreten. Freilich ist diese Wahlunterstützung ziemlich platonisch. Die Parole ist offenbar mehr wohlthätigen Gründen als parteipolitischen Überzeugung entsprungen, wie der ganze Wortlaut des offiziellen Aufrufs an die Centrumswähler be- weist. Es heißt darin:

„Freisinn und Socialdemokratie stehen sich gegenüber. Beide sind uns scharfe Gegner! Aber als praktisch denkende Männer müssen wir sagen, von der Socialdemokratie, der stärksten Partei im Wahlkreise, die immer wieder an erster Stelle in die Stichwahl kommen wird, haben wir niemals etwas zu erwarten. Anders ist es beim Freisinn. Wenn wir von heute ab im Rheingau wie in Wiesbaden mit Neu-Organisation beginnen, so ist begründete Aussicht vorhanden, daß wir bei der Hauptwahl in 1 1/2 Jahren unsren Kandidaten mit dem der Socialdemokratie in die Stichwahl bringen. Dann werden gewiß auch unsre freisinnigen Mitbürger uns ihre Stimme geben.“

Diese Aufforderung lieft sich wie eine Verpötlung der Frei- sinnigen. Die Freisinnigen sollen jetzt von dem Centrum unterstützt werden in der schönen Voraussetzung, in anderthalb Jahren vom Centrum aus dem Wahlkreis verdrängt zu werden und dann diesen Wahlhilfe leisten.

Die Wiesbadener katholische „Mh. Volksztg.“ schreibt an leitender Stelle zu der Stichwahlparole:

„Ein hochangesehener Politiker stimmt den früheren Aus- sührungen unseres Blattes bezüglich der Stichwahl zu und warnt energisch vor jeder Keiserreterei. Auch warnen „Post“ und „Hamburger Nachrichten“ vor der Unter- stützung des Freisinn's, des Vorläufers der Social- demokratie.“ Nachdem die Parteilichkeit anders beschloffen, ver- pflichtet uns die Parteidisziplin, den Beschluß zu achten und für Ausführung desselben einzutreten.“

Wie das Blatt weiter mitteilt, war Herr Abg. Cahenly eigens von Berlin nach Eltville zu der Vertrauensmänner-Vorammlung des Centrums gereist mit einem Brief des Abg. Richter, enthaltend das Versprechen, daß die freisinnige Partei für den Toleranz- antrag des Centrums stimmen werde. Auch wies Herr Cahenly darauf hin, daß der Freisinn seiner Zeit das Centrum im 1. und 4. Kassanischen Wahlkreis unterstützt habe. —

Die Lösung der sächsischen Finanzklemme.

(Eig. Ber.) Die zweite sächsische Kammer beschloß heute, einen Zuschlag von 25 Proz. zur Einkommensteuer einzuführen. Die Einkommen bis 500 M. bleiben vom Zuschlag befreit. Bei den Einkommen bis 3000 M. dürfen bis zu zwei Kinder unter 14 Jahren je 40 M. vom Einkommen abgezogen werden. Bei drei und mehr Kindern findet mindestens um eine Steuerklasse Ermäßigung statt. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1902 in Kraft und soll bis zum Jahre 1906 durch eine Vermögenssteuer ergänzt werden. Ferner wurden die Gerichts- kosten um 25 Proz. erhöht.

„Echt, freisinnig“ — so schreibt man uns aus Baden — war der Verlauf der am verflohenen Sonntag in Lörrach stattgehabten Landesversammlung der badischen Gefolgshäufig Eugen Richters. Das Karlsruher Wahlbündnis der Partei mit den Nationalliberalen und die Stellung zur Kloster- frage waren die Hauptpunkte der Verhandlungen. Die prinzipielle Verfahrenheit des „Freisinn's“ erzählte dabei im besten Lichte. Schließlich einigte man sich, um den Streit aus der Welt zu schaffen, in der Frage des Karlsruher Wahlbündnisses dahin, daß man es für die Zukunft den örtlichen Organisationen überließ, in ähnlichen Fällen nach eigenem Ermessen Stellung zu nehmen. Ebenso erklärte in der

Angelegenheit der katholischen Männerkloster der badische Führer der Partei, Rechtsanwalt Weill-Karlruhe, die Frage sei nicht programmatifcher Natur, und man könne die Stellung zu ihr ruhig jedem einzelnen Gefinnungsgenossen überlassen.

Auf diese Art und Weise kommt man allerdings am leichtesten über prinzipielle Streitpunkte hinweg. Es ist nur die Frage, ob eine Gesellschaft von Politikern, die in derart wichtigen politischen Angelegenheiten die Prinzipienlosigkeit zum Programm erhebt, über- haupt noch den Namen einer politischen Partei verdient. —

Ausland.

Der Boykott der englischen Schiffahrt ist gescheitert. Das Hauptkomitee hat erklärt, nachdem es Kenntnis von den aus dem In- und Auslande eingegangenen Berichten genommen habe, habe es aus den gewonnenen Informationen gesehen, daß man in allen Ländern, in Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark und Belgien den Boykott für undurchführbar halte und daß auch nicht der geringste Versuch in diesen Ländern ge- macht worden sei, um die Hafenarbeiter dafür zu gewinnen. Des- weiteren erklärt das Komitee, daß der Sache viel Schaden durch das unantastliche Auftreten des „Nationalen Arbeitersekretariats“ und der Amsterdamer Sonderorganisationen zugefügt worden sei, und schließ- lich seien auch dem Komitee in Bezug auf die Beidigung des ge- planten internationalen Kongresses Bedingungen gestellt worden, die es nicht habe erfüllen können. Aus diesen Gründen habe das Komitee in seiner Sitzung am Sonntag zu seinem tiefsten Bedauern beschließen müssen, den Plan aufzugeben. Dem zufolge wird auch der für den 16. Dezember angelegte internationale Traub- portarbeiter-Kongress nicht stattfinden. —

Ostreich-Ungarn.

Körber's Drohung mit dem Staatsreich. Am Montag hielt Ministerpräsident Körber bei der zweiten Lesung des Budgetprojektoriums eine Rede, die große Sensation erregte. Körber bedauerte, daß das Haus noch immer nicht arbeits- fähig sei und drohte mit der Auflösung des Hauses und der Diktatur des § 14. Die konstitutionelle Mechanik empfehle die Auflösung des Hauses, bis ein solches mit anderer Umgestaltung und größerer Arbeitslust gewährt werde. Wenn jedoch die ungeduldige geworden Bevölkerung eine Radikalkur verlange, wenn, da ver- schiedene Stimmen dieser Art bereits laut geworden seien, die Re- gierung — sei es auch die ernsteste und gewissenhafteste — auf derartige Wünsche und die Ungeduld der Bevölkerung sich berufend, im dringendsten Interesse der Staatsnotwendigkeit an die Verfassung greifen müßte, werde sie für alle Zeiten entlastet und vor der Verantwortung durch die Geschichte geschützt sein. Ja sie könne unter diesen Umständen mit vollem Recht als die Retterin des Staates betrachtet werden.

Am Abend erklärte dann Körber den Obmännern der Linken, daß seine Rede nicht den Zweck verfolgt habe, die verfassungsmäßigen Rechte des Hauses anzutasten, daß er jedoch auf die Folgen habe hinweisen wollen, zu denen der gegenwärtige Zustand schließlich führen müsse. —

Die Affaire Wolf.

Aus Wien wird uns vom 9. Dezember geschrieben: Herr Wolf dürfte der österreichischen Politik nicht verloren gehen. Seitdem ihn die parlamentarische Vereinigung, deren Gründer und Führer er gewesen ist, auf die Strecke gebracht hat, sind seine Freunde im Wahlkreise und in der Presse unangefehret an der Arbeit, um den „Gezeichneten“ zu rehabilitieren. Es sei nur eine zufällige Ver- setzung gewesen, keine Untreue, nicht einmal Ehebruch, die Geschichte sei schon vier Jahre alt, und schließlich müsse man bei einem großen Menschen — denn dieser unantastliche Nichtswisser und Mauldreher gilt in Deutsch-Ostreich heute als strafendes Licht — auch seine Mängel in Kauf nehmen. Wie ein deutschnationales Blatt so schön schrieb: „An den Träger sittlicher Werte — das ist nämlich der Herr Wolf — lassen wir die moralisierende Entschaltung der Sittlichkeits- philister nicht vorbeikommen.“ Die „Moral-Kanalle“ wird also das Feld nicht behaupten und Herr Wolf wird bald ins Parlament zurückkommen, das ohne ihn die Musterkarte von Abenteuerern wirklich nicht komplett hätte. Gestern waren in Trautentau die Vertrauensmänner der Adelslichen beisammen und zeigten sich sehr entrüstet — aber nicht darüber, was Herr Wolf gethan, sondern darüber, daß er sein Mandat niedergelegt hätte! Sie fordern die Beibehaltung des Mandates als einen Akt der Treue! — beileibe nicht als Ausfluß der Unverschämtheit. Und so erklären sie, daß sie die in der Presse enthaltenen Verunglimpfun- gen ihres bisherigen Abgeordneten, die nach der ihnen nunmehr ge- wordenen Aufklärung durchwegs auf erfindenen und erlogenen, selbst das Privatleben und die Frauenehre nicht scheuenden Verichten“ berufen, mit „Verachtung“ zurückweisen und Herrn Wolf neuerlich als Bewerber um das Mandat aufstellen. Nach diesem Meisterwerk von Gruchel — nicht Herr Wolf, der das Mädchen verführte und mit ihr, als sie Frau seines Freundes ward, „Beziehungen“ unterhielt, hat Frauenehre angefaßt, sondern die Zeitungen! — zu schließen, wird Herr Wolf bald wieder in alle seine Würden ein- gesetzt sein. Er wird nicht nur wieder Abgeordneter werden — seine Wähler haben auch nichts dagegen, daß er die Adelsliche-Vereinigung wieder —, sondern auch der Wortführer protestantischer Rein- heit, deutscher Ideale, germanischer Sittlichkeit. Und es ist ganz gut so, daß es so kommt: in dieses caillunische Parlament geholt Herr Wolf unbedingt hinein! —

Frankreich.

Caillaux über die Finanzlage. In der Montags-Sitzung gab der Finanzminister Caillaux eine Uebersicht über die Lage der Finanzen. Er kritisierte zunächst mit Ironie die Regierungen, welchen Ribot angehört hat. Das Verdienst Ribots beruhe hauptsächlich in einer Erhöhung der Getreibeisätze, in der Erhöhung der Steuer auf ausländische Wertpapiere, in der Einführung der Indereport-Prämien und der Schiff- prämien, denen man die heutige Krisis verdaule. Die gegenwärtige Regierung habe dagegen die Reformen der Erbsteuer- und der Getränkesteuer durchgeführt, und die beiden letzten Jahre hätten einen Ueberschuß ergeben. Wenn das laufende Jahr auch mit einem Deficit von 110 Millionen abschließen würde, so sehe dieses Deficit eine Tilgung der Staatsschuld von 50 Millionen gegenüber. Die Regierung sei bereit, das Budget zu revidieren, so daß sich Ersparnisse von 23 Millionen ergeben. Den Rest würde sie durch Ausgabe von Obligationen auf kurze Termine decken, um die Einheit des Budgets nicht zu stören. Die Vereinfachung des Kultusbudgets, welche die Kommission vorschlägt, kann die Regierung dagegen nicht annehmen. Die wichtigste Finanzfrage sei die Amortisation der Staatsschuld, welche bisher zu langsam bewerkstelligt worden sei. Das wichtigste für unsre Finanzpolitik bleibe die Frage, ob es möglich ist, dem bisherigen Anwachsen der Ausgaben Einhalt zu thun. Wir müssen unsre Finanzpolitik auf eine wahre und gerechte Grundlage stellen und sie mit Geduld verbessern. Gewiß müsse man daran denken, das Schicksal der Kleinen und Schwachen zu ver- bessern, aber man müsse dabei der Veruchung widerstehen, alles auf einmal zu thun, und man müsse dies dem Lande begreiflich machen. Ein Volk, das eine Milliardenlast an Schulden als totes Gewicht nach sich schleppe, das zugleich eine Weltmacht sein und seine Industrie reich dotieren und demokratische Reformen ausführen wolle, müsse Geduld haben.

Nach Vorlesung mehrerer radikaler Abgeordneter beschließt die Kammer mit 265 gegen 204 Stimmen den öffentlichen Aus- schlag der Rede des Finanzministers. —

Deputiertenkammer. In der Dienstagssitzung wurde der Gesetzentwurf betreffend die Prämien für Schiffe der Handelsmarine mit 434 gegen 125 Stimmen angenommen. —

Italien.

Das Gesetz betreffend die Errichtung eines Arbeitsamtes gelangte in der Kammer, wie vorauszusetzen, mit nicht sehr wesentlichen Abänderungen, und zwar mit 174 gegen 68 Stimmen zur Annahme. Die sozialistischen Abgeordneten verjuchten, eine stärkere Vertretung der Landarbeiter, sowie der Hafenarbeiter und Seeleute herbeizuführen. Den Seeleuten wurde ein besonderer Vertreter zugewiesen, den die Unterstützungsvereine, welche zwei Vertreter haben sollten, abzugeben haben. Insgesamt werden 15 Arbeiter, 25 Deputierten, Senatoren, Vertretern des Unternehmertums usw. gegenüberstehen. Das herauszugebende Budget wird an Arbeitervereinigungen, die es verlangen, gratis verteilt werden. Die für das Amt im Budget eingestellte Summe beträgt nicht 100 000 Fr., wie im Entwurf vorgesehen war, sondern nur 50 000 Fr.

Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in welcher die Mitarbeit des Arbeitsamtes bei der internationalen Vereinigung für Arbeiterschlag beschlossen wurde. —

Belgien.

Die Interpellation wegen der Konzentrationslager in der Abgeordnetenkammer fand heute, Dienstag, statt. Die Tribünen waren überfüllt; unter den Zuhörern bemerkte man die Gemahlin des Präsidenten des Orange-Freistaats Steijn sowie die Gemahlinnen von Louis und Moriz Bochs. Der Interpellant, Genosse Wandervelde, befragt die Regierung, welche Haltung sie einnehmen würde, wenn die andern Regierungen einen gemeinsamen Schritt unternehmen würden, um von England eine bessere Behandlung der in den Konzentrationslagern in Südafrika Befindlichen zu erlangen; Wandervelde ruft das Mitgefühl der Kammer an für die Richtkombattanten, Greise, Frauen und Kinder, und sagt, er handle ohne feindseliges Gefühl England gegenüber, denn seine Frau sei Engländerin und sein Schwager kämpfte in Südafrika unter Mitgener. —

Progressive Einkommensteuer. Einen Gesetzentwurf, der die Einführung der progressiven Einkommensteuer verlangt, haben die Sozialisten und Radikalen in der belgischen Kammer eingebracht. Danach sollen alle dauernden und zeitweiligen Einkommen aus Immobilien und flüssigem Kapital, als Renten, Hypotheken, Staatspapiere, Obligationen aller Art, sowie die Einkommen aus industriellen und gewerblichen Anlagen in progressiver Form einer Steuer unterworfen werden. —

Norwegen.

Verteilung der Nobelpreise. Der Nobelpreis für den Friedenspreis wurde zwischen Henry Dunant und Frédéric Passy geteilt. Den Nobelpreis für Literatur erhielt Sully Prudhomme, den wissenschaftlichen die Gelehrten Wehring, Königen und van t' Hoff. —

Amerika.

Gebietsverwerbungen der Union in Nicaragua. Ein Telegramm aus Managua berichtet: Nicaraguas Minister des Auswärtigen und der amerikanische Gesandte unterzeichneten einen Vertrag, wonach Nicaragua für alle Zeiten an die Vereinigten Staaten einen sechs Meilen breiten Streifen Landes für den Nicaragua-Kanal „verpachtet“. —

Der Boeren-Krieg.

Der Gefangenentausch entgangen

ist nicht — Christian De Wet, sondern eine englische Abteilung, der der so oft mit Gefangenentausch bedrohte südafrikanische Kommandant diesmal selbst ein derartiges Los zugebracht hatte. Aus Pretoria wird darüber gemeldet, De Wet habe in der Nähe von Heilbronn 2000 Mann zusammengezogen und mit diesen den Obersten Wilson und dessen Rittmeister Schuyten, die zwei Tage lang mit De Wet in Gefangenschaft gewesen waren, beinahe eingeschlossen. Oberst Rimington habe, nachdem er in einer Nacht 30 Meilen marschiert war, Wilson befreit. Beide englische Truppenteile seien dann mit geringen Verlusten nach Heilbronn zurückgekehrt.

Ob die Engländer wirklich so leichtem Kauf davongelommen sind?

Vom Standrecht.

Aus Cudsthoorn wird gemeldet: Der Militärgerichtshof hat 32 Personen wegen Aufruhr, Mordes und Mittertätigung der Meldung von der Anwesenheit des Feindes verurteilt.

Boerenverluste.

Eine Depesche des Generals Aitken aus Pretoria vom 9. Dezember meldet: Seit dem 2. Dezember wurden 31 Boeren getötet, 17 verwundet, 352 gefangen genommen, 35 ergaben sich. — Aitken meldet ferner: Durch die vorgeschobene Linie von Vlokhäusern von Druypruit nach Gredlingstad ist das östliche Gebiet gangbarer geworden und ich bin jetzt zum erstenmal im Stande, systematische, fortlaufende Operationen in der Umgegend von Ermelo, Welhel und Carolina unter der Leitung der Generale Bruce, Hamilton, Spens und Blumer ausführen zu lassen. Im westlichen Transvaal geriet Methuen mit dem Kommando Liebenberg ins Gefecht. Methuen erbeutete alle Wagen der Boeren und nahm 20 gefangen, die in den oben erwähnten eingegriffen sind. Im Nordosten der Kapkolonie gehen Scobell und Monzo noch gegen Ronge und Nyburg vor, deren Kommandos sich, wie sie, das immer zu ihm pflegen, wenn sie ernstlich bedrängt sind, in den Bergen verstecken. Im äußersten Westen sammelt sich eine bedeutende Boerenabteilung unter dem Befehl von Maritz und anderen, um Fontelbock Kop anzugreifen, wo es der Garnison gelang, die Boeren zurückzuschlagen. Maritz soll schwer verwundet worden sein. Die Kolonne Dorans verfolgt diese Kommandos, während Krabbe und Capanagh das Land südlich von Burchgraben säuberten.

Partei-Nachrichten.

Die Gemeindevahlen in Mainz. Wie gestern bereits telegraphisch gemeldet, erzielte die Liste der „vier liberalen Parteien“ eine große Majorität und deshalb auch die 6 Sozialdemokraten, die auf dieser Liste standen. Es wurden für diese Parteien 5036 ungültige und 643 gültige Stimmen abgegeben, während für die Ultramontanen 1305 ungültige und 923 gültige Stimmen abgegeben wurden. (Die Ultramontanen hatten noch einige nationalliberale Renommistkandidaten auf ihre Liste genommen.)

Selbstverständlich ist nun diese „überwältigende Majorität“ keine sozialdemokratische; unsere Parteistimmen lassen sich bei diesem Kompromiß überhaupt nicht feststellen.

Aber ein andres läßt sich feststellen: Bei der Wahl 1892 erhielt unsere Liste durchschnittlich 1500 Stimmen, 1895 schon durchschnittlich 2400 Stimmen und 1898 gar 2900; fünf Kandidaten, darunter ein Parteigenosse, der auch gegenwärtig in Mainz steht, brachten 4—500 Stimmen mehr auf, aber nicht mehr, als 1895 die vier gegen die Sozialdemokratie aufgetretenen Parteien erreicht hatten. Mindestens diese 2900 Stimmen, vielleicht noch einige hundert mehr, kann man wohl auch diesmal der Partei zurechnen. Dem stehen die höchsten 2285 Stimmen des so gefährdeten ultramontanen Gegners gegenüber. Die Sozialdemokraten allein sind also den gefährdeten Ultramontanen schon wesentlich überlegen. Von den 6281 Stimmen der gemeinsamen Liste kommen auf die Sozialdemokraten ungefähr die Hälfte; höchst wahrscheinlich hätten einige Sozialdemokraten mit den höchsten Stimmenzahlen an der Spitze gestanden. Wenn auch, was wir nicht wissen, Stichwahlen nötig sind, so konnten sie nur unterliegen, wenn die Deutschfreisinnigen für die Ultramontanen gestimmt hätten. Das Kompromiß erscheint unter diesen Umständen, sogar auch unter dem Gesichtspunkt der bloßen Mandatengewinnung, als unmöglich, von allgemeinen principielle Gesichtspunkten ganz zu schweigen.

Gemeindevahlen. In Ködichenbroda bei Dresden wurden die vier Kandidaten unserer Partei in der Klasse der Unanfähigen gewählt.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Hg. Ledebour (Soz.):

Ich spreche dem Abg. Dr. Sattler meine Freude darüber aus, daß er zu den eifrigsten Lesern unserer Parteitage-Verhandlungen gehört; ich bebaure aber, daß es ihm ebenso wenig wie neulich Herrn v. Rheinbaben gelungen ist, das richtige Verständnis für diese Verhandlungen aufzubringen. Herr Dr. Sattler irrt, wenn er meint, daß eine Differenz, die zwischen der Mehrheit meiner Partei und mir in Bezug auf die Behandlung der sozialdemokratischen Polen auf dem Vorreitag vorhanden war, irgend etwas zu ihm hätte mit der heutigen Interpellation. Gegenüber den Drangsalierungen, mit denen die preussische Regierung die Polen in unserm Vaterlande zu germanisieren sucht, sind wir Sozialdemokraten alle derselben Meinung. Gegen das System der bürokratischen Chikanen werden wir überall und bei jeder Gelegenheit auftreten, wo auch immer sich die herrschenden Klassen in einem Lande dazu hinneigen lassen. Abg. Sattler hat selbst zugeben müssen, daß einer der polnischen Sozialdemokraten im österreichischen Reichsrat, der Abg. Dr. Daszynski, in der oberösterreichischen Weise gegen die Schlägzigkeit-Miswirtschaft in Galizien aufgetreten ist. Wir befinden uns mit den polnischen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten aller Länder vollkommen im Einklange, wenn wir überall als die Vertreter der ausgebeuteten Volksmassen auftreten. Ich gebe dem Abg. Dr. Sattler auch zu, daß, wenn bei uns die bevorrechteten Klassen der polnischen Bevölkerung dieselben Herrschaftsrechte üben könnten, wie das preussische Junkertum oder die galizische Schlachta, die polnischen Proletarier von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten hätten. Die Auffassungen der agrarischen Herrscherklasse sind in allen Ländern dieselben, und es würde wohl ziemlich auf dasselbe hinauskommen, ob der Reaktionsminister ein deutscher Pöbeldiösel oder ein polnischer Waldstein ist. (Heiterkeit.)

Abg. Fürst Radziwili hat seine Interpellation mit Ausdrücken motiviert, die den höchsten Gipfel christlicher Sanftmütigkeit erreichten. Er hat dem Reichskanzler und der preussischen Regierung sein größtes Vertrauen ausgesprochen. Er hat an den Herrn Reichskanzler als einen humanen Mann appelliert. Wir haben es aber hier nicht mit dem Herrn Reichskanzler als Menschen, sondern als Diplomaten zu thun und zu ihm als Diplomaten habe ich absolut kein Vertrauen. Ich glaube auch, daß selbst Fürst Radziwili durch die Art und Weise, wie der Reichskanzler es vorgezogen hat, sich aus der Affaire zu ziehen, von seinem Vertrauen zu ihm gründlich kuriert sein dürfte. Der Herr Reichskanzler ist im Widerspruch zu seinen eigenen Ausführungen auf die Interpellation eingegangen, aber auch nicht so sehr auf die Interpellation des Fürsten Radziwili, als vielmehr auf die Interpellation, die Graf Limburg-Sturmm nach seinen eigenen Ausführungen vorgezogen haben würde, eingubringen. Er hat das Gefährdungsgebiet zu verkleinern gesucht. Es handelt sich aber für uns absolut nicht darum, ob irgendwo einmal Madaubrüder — und alle Chauvinisten sind Madaubrüder — ein Konsulat komponieren, das sich bei uns in der Tat und in der Sache u. Chauvinisten vorkommen. Der Reichskanzler hat dann an das bekannte Nationalgefühl appelliert und dieselben Ausführungen, die er auch bei der Einbringung der Kornpolvorlage gemacht hat, und die ich überhaupt in seinen sitzvollen Expositionen gehört habe, wiederholt. Ich wurde dabei erinnert an Herrn Chamberlain. Dieser hat bei verschiedenen Gelegenheiten in ganz derselben Weise die von Fremden oder Arbeitervertretern eingebrachten Anfragen über die Mißbräuche der englischen Kriegsverwaltung, über die Konzentrationslager in Südafrika beantwortet. Auch er hat stets erklärt, daß er sich um das Ausland absolut nicht zu kümmern habe; es handelt sich hier aber um die Schädigung des Ansehens, die das deutsche Volk durch die Vorgänge im Innern erlitten hat, und die haben eben den Namen des Volkes geschändet, wie den englischen Namen die Thaten der Engländer in Südafrika. (Unruhe rechts.) Die Parallele liegt doch auf der Hand. Das wollen Sie nicht mit diplomatischen Nebenarten ab. Bei den Boeren wurden Frauen und Kinder mißhandelt, und hier sind schwere Strafen auch über Kinder verhängt, die, wenn die Richter nicht von nationalen Vorurteilen befangen wären, mit Geldstrafen oder einer Woche Gefängnis geahndet worden wären.

Der Reichskanzler ist dann abgezogen und die drei Herren mit ihm, die nur erschienen sind, um dem Abg. ein schönereß Gepräge zu geben. Der Reichskanzler hat sich durch seine Rede auch in Widerspruch gesetzt mit seinen Ausführungen bei Gelegenheit der Politanferatungen. Dort, wo es ihm in den Kronen pagte, erklärte er einen Zusammenhang zwischen auswärtiger und innerer Politik an, die er hier bestritt. Damals sagte er: „Die Basis einer gesunden, vernünftigen Weltpolitik ist eine kräftige nationale Heimatspolitik. Das eine ist die Voraussetzung des andern.“ In dieser Allgemeinheit unterschreiben wir das durchaus. (Zorniges Bravo! rechts.) Nur erkennen wir nicht, daß die Beziehung zwischen äußerer und innerer Politik für alle Fälle an, wo sie ersichtlich sind, und nicht nur da, wo es sich um agrarische Interessen handelt. Gerade in diesem Fall haben sich die Folgen in unseren auswärtigen Beziehungen und in der Meinung, die das deutsche Volk im Ausland haben sollte und mühte, auf das deutlichste gezeigt.

Der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß er in dieser Politik forfahren würde im Interesse des Deutschen, und er hat ein Echo gefunden bei den Herren Graf Limburg-Sturmm, Dr. Sattler, und wird es noch finden bei Herrn v. Tiedemann. Der Kernpunkt dieser ganzen Germanisierungspolitik liegt darin, daß eine Majorität der sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzugeben will. Darum handelt es sich in Oesterreich, in England den Malteseen gegenüber, in Italien den Franzosen, in Frankreich den Italienern gegenüber. Das verheißt aber die nationalen Gegensätze immer mehr und kann zu gefährlichen Explosionen, ja zu Kriegen führen.

Im 16. und 17. Jahrhundert wurde der barbarische Grundsatz verfolgt: *cujus regio, ejus religio* (Wessen Land, dessen Religion). Jetzt vertritt man den Grundsatz: *cujus regio, ejus lingua* (Wessen Land, dessen Sprache). Mit diesem **inkulturierenden Grundsatz muß aber aufgeräumt werden.** Der Religions-toleranz muß auch die Sprachtoleranz folgen. Freilich ist bei uns die Religions-toleranz auch nicht durchgeführt. Die Katholiken haben sich ja deshalb zu einer besonderen Partei zusammengeschlossen, und namentlich die Dissidenten sind bei uns nicht geschützt. Den Kindern der Dissidenten wird ebenso wie den polnischen Kindern eine andre Sprache, eine andre Religion aufgedrungen. Von jedem pädagogischen Standpunkt muß das verurteilt werden. Von der Rechts ist ja heute gepöbelt und gehöhnt worden über die Umwidmung der polnischen Bevölkerung. Die Kinder haben geglaubt, Jesus Christus und die Mutter Gottes und der Papst haben polnisch gesprochen. Daran sind aber doch nur die miserablen Zustände unserer Volksschulen schuld. Ich glaube auch nicht, daß es in einer evangelischen Schule bei uns viel besser ist. Fragen Sie doch da einmal nach und Sie werden in hundert Fällen kaum eine richtige Antwort erhalten. Die Kinder werden in einer evangelischen Schule sagen, Jesus Christus hat in lutherischer Sprache gesprochen, das ist die Sprache der Bibel. Auf's Evidente wird kaum eines kommen (Sehr richtig: links). Wie weit kommen denn heute die Kinder in den städtischen Volksschulen, von den Dorfschulen gar nicht zu reden, in der deutschen

Sprache? In einem einwandfreien Deutsch kommen sie nicht. Einwand-freies Deutsch ist heute überhaupt selten zu finden. (Heiterkeit.) Sie lernen ein bißchen Rechnen, ein bißchen Naturwissenschaften. Ich bin viel mit Leuten, die nur Volksschulbildung besitzen, zusammen, sie stehen über dem Niveau des Durchschnitts, weil sie von Wissens-durst befeuert sind und höherer Bildung streben. Hören Sie von diesen Leuten die Klagen über die Mangelhaftigkeit der Volksschul-bildung auf den so viel gerühmten deutschen Schulen. (Sehr richtig! links.)

Sie verlangen, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird. Wir verlangen, daß der Religionsunterricht überhaupt aus der Schule herauskomme, daß seine Erteilung den Konfessionen überlassen bleibt. Das ist die Lösung des Konflikts. So lange diese nicht erfolgt ist, wird es nicht besser. Also Hände weg vom Religionsunterricht, rufen wir dem Staat und der Schulverwaltung zu. Den Kindern der Polen wird nun von denselben Lehrern, die den deutschen Kindern nicht die deutsche Sprache beizubringen im Stande sind, eine fremde Sprache beizubringen versucht. Dabei werden sie natürlich maltätiiert. Die Sprache wird ihnen mit dem Stock aufgezwungen. (Sehr richtig! links und bei den Polen.) Ich appelliere an alle Pädagogen: die Kenntnis der Muttersprache ist die Grundlage aller Bildung. Wie aber steht es mit der Fähigkeit, fremde Sprachen zu erlernen? Gehen Sie einmal ins Ausland. Ich habe in England beobachtet, wie selbst gebildete Deutsche dazu kamen, ein einwandfreies Englisch zu sprechen. Und das Englische liegt dem Deutschen viel näher, als das Deutsche dem Polnischen. Mit Ihrem System erreichen Sie nicht, daß die Kinder germanisiert werden, und Sie erreichen nur, daß sie ihre Muttersprache nicht beherrschen lernen. Bei diesem System kann nichts anderes herauskommen, als die **Volksverdümmung.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm und Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Denken Sie an Ausland. Was hat es mit seiner Auffrischungspolitik in Polen erreicht? Herr Noeren lobt, daß dort der Religionsunterricht wenigstens polnisch erteilt wird. Das mag sein, aber das ist blutwenig. In Pommern wird seit Menschenalter russischer Unterricht durch russische Lehrer erteilt. Und was ist das Resultat? Die Polen lernen das Russische notgedrungen, aber sie fangen durch diesen Zwang einen Haß ein, daß sie in dem Lehrer nicht mehr den väterlichen Freund erblicken, der sie zum Wissen führt, sondern den Schulgendarmen, der sie drangsaliiert (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdem., Lärm und Lachen rechts) und gegen den sie sich verschwören müssen. Das Jarentum ist mit dieser barbarischen Methode vollkommen gescheitert. **Und dieses zarische Blutregiment wollen Sie bei uns einführen, Herr Sattler.** (Lärm und Lachen rechts.) Sie lachen, Herr Dr. Kropatschek, ich wünsche, Sie hätten Kinder, die so maltätiiert werden. (Heiterkeit.) Kein ernsthafter Pädagoge kann behaupten, daß durch die galatrische Beihegung die Kinder auf das schwerste geschädigt werden.

Und welche politischen Folgen hat dieses System? Sie selbst jammern schon über die Leidenschaft des polnischen Volkes, es wird Ihnen angst und bange dabei. Glauben Sie vielleicht der polnischen Bevölkerung in Deutschland durch Ihre Germanisierungspolitik besonders große Sympathien einflößen zu können, indem Sie die Polen ihrer Muttersprache berauben? Nein, Sie erzeugen nur Haß, und es ist ein Gift für das deutsche Reich, daß der Haß, den die polnische Bevölkerung gegen die russische Regierung durch jahrhundertelange Mißhandlungen eingekoren hat, größer ist als selbst der Haß, der bei uns in Deutschland entstanden ist, weil wir in Deutschland in der Gesamtbevölkerung immerhin höher stehen als die Leute des Jarentaments. Nicht die eigne Politik Deutschlands ist ein Vorteil für das deutsche Reich, sondern nur die noch schlimmere Politik des Jarentaments.

Noch wenige Worte über das Urteil, das zu diesen Vorgängen Veranlassung gegeben hat. **Das Urteil über die Wrechenere Affaire ist eines jener barbarischen Klassenurteile, die verschärft werden durch die nationale Geschäftigkeit.** Eine individuelle Schuld trifft allerdings die Richter nicht, aber um so schlimmer ist dies für die Sache selbst. Die Herren sind zweifellos ohne persönlichen Haß zu ihrem Urteil gelangt, aber sie standen unter dem Bann jener falschen Vorstellung, daß es die Pflicht einer Majorität in einem Staate sei, die Minorität zu entnationalisieren. Sie betrachten die Polen schon darnur, weil sie Polen sind, als die Feinde des deutschen Reiches. Einen klassischen Ausdruck gebraucht der Staatsanwalt in dem Prozeß, indem er schon den legalen Widerstand für verwerflich und verderblich erklärte, denn die Leute verurteilten schon durch den legalen Widerstand, daß sie nicht gewillt seien, die Ziele der Regierung zu fördern, sondern ihnen entgegen zu arbeiten. Nach dieser staatsanwaltlichen Auffassung sollen Leute ins Gefängnis oder gar ins Zuchthaus gehören, welche die Ziele der Regierung bekämpfen — **und dann gehören wir alleamt ins Zuchthaus, vor allem Herr Graf Limburg-Sturmm.** (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.) der mit großer Energie und mit Erfolg die Ziele der Regierung in der Kanalvorlage bekämpft hat. (Erneute Heiterkeit links.) Dem Urteilspruch über die Wrechenere Vorgänge liegt dieselbe Anschauung zu Grunde, wie den Worten des Staatsanwalts. Der Abg. Noeren hat schon auf ähnliche Klassenurteile hingewiesen.

Aber alle diese Urteile sind nur ein Symptom der gegenwärtigen Reaktionsära in der neudeutschen Atmosphäre. Wir Sozialdemokraten haben besonders darunter zu leiden. Ich weise Sie darauf hin, daß einer unserer polnischen Parteigenossen, Haase, in Ventzen wegen eines ganz richtigen Verdachtes des Meinesdes fünf Monate lang in Untersuchung gehalten worden ist, während das Gericht ihn nicht verurteilen konnte, sondern freisprechen mußte. Bei dieser Gelegenheit ist auch untre Parteigenossin Fräulein Dr. Golde in schändlicher Weise behandelt worden.

In dieselbe Reihe von Urteilen gehört das Urteil, das neulich in Berlin gegen sozialdemokratische Redactoren im **Chinaprozeß** gefällt worden ist. Hier hat das Gericht nicht gewagt, den **Wahrheitsbeweis** zuzulassen. (Große Unruhe rechts.) Nun darüber werden wir bei einer anderen Gelegenheit reden, es kommt hier nur darauf an, hinzuweisen auf dieses ikerkerliche Urteil, das auf die Schwarzmacherei von einer andren Stelle hin ergangen ist und wodurch zwei Redactoren zu sechs und sieben Monaten Gefängnis verurteilt sind. Diese Thatfachen beweisen, daß wir wieder in eine reaktionäre Epoche hineingelommen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Geist des seligen Brausewetter geht wieder um. (Große Unruhe rechts.) Was gegen die Herren von der polnischen Reaktion geschehen ist, ist nur eine Teilerscheinung der ganzen Reaktionsbewegung in Deutschland und es ist die Tragik in dem Schicksal der polnischen Vertreter, daß sie nicht herauskommen können aus der Tradition einer Herrscherklasse, daß sie trotz des Wunsches, die polnische Bevölkerung zu schützen, gegenüber den Drangsalierungen der preussischen Bureaucratie doch nur in einer gewissen Feiertagsstimmung sich aufschwingen zu einer halbwegs energiegelassen Opposition. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Am Freitag gehen Sie (zu den Polen) Arm in Arm mit denselben Reaktionsparteien, die Sie heute angeklagt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben heute aus den Worten des Herrn Dr. von Dziembowski den Eindruck gewonnen, daß er sich, ebenso wie Excellenz Köller (Heiterkeit), zwischen zwei Stühle gesetzt habe. Nach der ganzen Vergangenheit der polnischen Partei müssen wir befürchten, daß wir Sie nächst auf der Wahl der **Wortvertreter** wiederfinden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird mit denselben Stammgelunden Behagen, mit dem der Herr Staatssekretär des Reichspostamts von Pöbeldiösel die postalischen Scherereien gegen Sie verteidigt hat, mit demselben Behagen der Landwirtschaftsminister von Pöbeldiösel Ihre Unterstützung der agrarischen Pläne einlassieren.

Präsident Graf Vallaschew: Herr Abgeordneter, darüber wird bemerkt gesprochen werden. (Heiterkeit.) Heute sind wir bei den Polen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Es geht doch vielleicht zum Gegenstande, wenn ich diese Zweifelsentheorie der Polen hier begründe. In seinen materiellen Interessen des Poltarsis werden die Polen auf Seiten des Junkertums stehen. Das wird Sie (zu den Polen) niemals zu einer entscheidenden Opposition gegenüber der preussischen und der Reichsregierung kommen lassen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und wenn Sie auch noch jahrelang den Versuch machen, die Interessen des polnischen Volkes zu vertreten, es kann Ihnen auf die Dauer nicht gelingen. Auch die Hoffnung des polnischen Volkes beruht einzig auf dem Proletariat. (Weifal bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Erst wenn das polnische Proletariat zu seinem Klassenbewusstsein erwacht sein wird und sich vereinigt haben wird mit dem Proletariat anderer Länder, erst dann wird die Lösung der polnischen Frage erreicht werden mit der Lösung der Nationalitätenfrage überhaupt, denn für das Proletariat gibt es keine Nationalität.

Den besten Beweis dafür liefert Oesterreich, wo das Proletariat aller Länder Schulter an Schulter gegen die herrschenden Klassen aller Länder kämpft. Wir bekämpfen überall in gleicher Weise die Mißhandlungen und Unterdrückungen, die die herrschenden Klassen sich gegen das Proletariat zu Schulden kommen lassen. Darum fort mit dieser Germanisierungs-Politik, mit dieser Politik der Prügel, der Gefängnis- und Zuchthausstrafen, die unserem Vaterlande nicht zur Ehre gereicht! (Lebhafte Weifal bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag gegen die Stimmen der Polen angenommen.

Abg. Dr. v. Komierowski (Polen): Durch die Annahme des Vertagungsantrages bin ich verhindert, die falschen Angaben des Abg. Dr. Sattler bezüglich Galizien zu berichtigen.

Abg. Dr. v. Ostrowski-Pomian (Polen): Ich habe auf Grund einer Zeitungsnachricht heute eine angelegliche Reue über den Oberpräsidenten der Provinz Posen, Dr. v. Bitter, erwacht, wonach durch die Dreschener Vorfälle das deutsche Nationalbewusstsein geschärft worden wäre. Heute hat mir jedoch Abg. v. Standt mitgeteilt, daß der Oberpräsident diese Worte nicht in dieser Form gesprochen habe. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Lesung der Poltarsisvorlage.)

Schluß 6 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Arbeitslosenzählung. Das Gewerkschaftsamt in Halle hat durch Umfrage 2429 erwachsene Personen als arbeitslos ermittelt. Von den 2429 Arbeitslosen waren 1562 verheiratet, so daß mit den Angehörigen 7107 Personen unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Das Ergebnis gestaltet sich gegenwärtig noch etwas günstiger, da die milde Witterung im Baugewerbe die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

In Wernburg wurden 300 Arbeitslose ermittelt. Von den Arbeitslosen waren 90 organisiert, 210 nicht organisiert, verheiratet 169, lediglich 131. Außerdem arbeiten noch 224 Personen mit verkürzter Arbeitszeit. Die Verkürzung beträgt in den meisten Fällen zwei Stunden täglich.

Eine Arbeitslosenzählung in Ludwigshafen a. Rh. ergab 1045 Arbeiter, die aus ihrer bisherigen Stellung entlassen sind und jetzt ohne jeglichen gesicherten Verdienst sind. Dazu kommen noch 708 Arbeiter, deren Einkommen infolge des schlechten Geschäftsganges gekürzt ist, ferner wiesen die Zahlkarten noch ca. 500 erkrankte Arbeiter auf.

Produktionsbeschränkung im Coalsyndikat. Trotz der Preisermäßigung ist die Abnahme von Coals fortgesetzt zurückgegangen, die Marktlage gestaltet sich immer äbler, so daß selbst bei der Einschränkung von 33 1/3 Proz. abermals mit einer Erhöhung dieses Prozentsatzes gerechnet werden muß. Der Coalsyndikat der dem Syndikat angehörenden Kokerien betrug im November nur rund 527 000 Tonnen, gegen 631 978,5 Tonnen im gleichen Monate des Vorjahres, was einem Minderungsverband von 22,7 Proz. entspricht. Infolge des milden Wetters und des schleppenden Geschäftsganges im Eisen- und Stahlgewerbe hielten sich eben die Anforderungen von Coals fortlaufend in engen Grenzen.

Eine Besserung ist, auch nach der „Kurzzeitung“, noch nirgends bemerkbar; wenn auch einzelne Werke die im Dezember fälligen Zusatzen schon vor den Feiertagen zu erhalten wünschen und dadurch anscheinend etwas größere Zusatzen in Erscheinung treten, so ist dies für den gesamten Geschäftsgang von keiner Bedeutung. Im vorigen Monat sind besonders die für das erste Halbjahr 1900 gültigen Verrechnungspreise mit 15 M. für Hochofen-Coals, 17 M. für Gießereicoals und 18 M. für Brechecoals festgesetzt worden. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Eisenindustrie und die Aussichten für das nächste Jahr zögern die Verbraucher mit Neubeschlüssen.

Die Werke, welche auf die Anfrage des Coalsyndikats in Unterhandlungen eingetreten sind, stellen größere Betriebsbeschränkungen in Aussicht, so daß die Beschlüsse für die nächsten Monate mit einer weiteren Vergrößerung der Erzeugniseinschränkung zu rechnen haben werden. Uebrigens sind im nächsten Halbjahre seitens der Hochöfen noch etwa 1 300 000 Tonnen Rückstände aus dem laufenden Jahre abzunehmen.

Die sächsischen Buchdruckerbesitzer beschloßen in einer Versammlung im Leipziger Buchgewerbehaus, wegen des höheren Lohnniveaus eine zehnprozentige Erhöhung der Druckpreise einzutreten zu lassen.

Geschäftsberichte deutscher Konsumvereine. Die Konsum-Spar- und Produktiv-Gesellschaft Delitzsch hatte im vergangenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 30 594 M. Rückvergütung 15 Proz. — Der Konsumverein „Vorwärts“ in Gera verzeichnete einen Reingewinn von 7583 M. Rückvergütung 7 Proz. — Der Konsumverein für Gersdorf hatte 55 909 M. Reingewinn. Rückvergütung 15 1/2 Proz. — Der Konsumverein Stadthagen giebt seinen Reingewinn auf 10 104 M. an. Rückvergütung 7 Proz. — Der Konsumverein für Bielefeld hatte im vergangenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 1 517 396 M. Der Reingewinn betrug 171 125 M. Rückvergütung 10 Proz. — Der Konsumverein für Strießen beziffert seinen Umsatz auf 1 183 318 M. Reingewinn 100 637 M. — Der Konsumverein für Lötzen giebt seinen Umsatz auf 1 754 938 M. an. Reingewinn 129 195 M. Rückvergütung 7 Proz. An Steuern mußte der Verein die enorme Summe von 32 363 M. zahlen. Der Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend berichtet in seinem 13. Geschäftsbericht über einen Umsatz von 5 411 000 M. Der Reingewinn betrug 469 191 M. Rückvergütung 7 Proz. An Gehältern und Löhnen wurden 231 000 M. gezahlt.

Der Verein beschäftigte am Schlusse des Berichtsjahres 253 Personen; die Comptoirbeamten bezogen 1500—1850 M., die Lagerhalter 1500—2000 M. jährlich, die Verkäuferinnen 45—75 M. monatlich, Marktbesitzer, Comptoirbeamte, Bureauhelfer, Arbeiter und Lagerverwalter 20—32 M. wöchentlich, Arbeiterinnen 13—20 M. wöchentlich; Ueberstunden wurden extra vergütet. Die Verkaufszeit dauert von 7 Uhr morgens bis abends 8 Uhr. Sämtliche Angestellte haben zwei Stunden Mittag, das Hauptlager-Personal auch je eine halbe Stunde Frühstück- und Vesperpausen. Die Verkäufer und Verkäuferinnen haben alle 14 Tage einen halben Tag frei. Dem Gesamtpersonal wird nach halbjährlicher Dienstzeit je eine Woche Urlaub gewährt.

Sehr treffend bemerkt der „Wochenbericht der Gewerkschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine“ zu dieser Abrechnung: „Diese Ziffern zeigen, daß der Verein bemüht ist, seinem Personal möglichst günstige Löhne und Arbeitsbedingungen zu

schaffen. Leider hat dieses Bild des sonst nach jeder Richtung hin so vorbildlich dastehenden Vereins auch einen Flecken, und das ist die Bezahlung der leitenden Vorstandsmitglieder; dieselbe beträgt für den 1. Geschäftsführer 3000 M., für den 2. Geschäftsführer und für den Kassierer je 2800 M. Das ist eine Bezahlung, die für einen Verein von 5 1/2 Millionen Reichsmark doch geradezu abnorm niedrig genannt werden muß. Wenn der Verein so gesund, fräftig und leistungsfähig dasteht, wie es heute der Fall ist, so ist das nicht am wenigsten gerade dem Wohlwille, der Tüchtigkeit und Opferfreudigkeit seiner leitenden Beamten zu danken. In einem privatkapitalistischen Betriebe von derselben Größe würde die Arbeit der Intelligenz ganz anders bezahlt werden.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzarbeiter! Nach den Beschlüssen der am Montag stattgefundenen Tischlermeister-Versammlung haben die in der Holzindustrie bestehenden Unternehmer-Organisationen das im Frühjahr 1900 abgeschlossene Vertragsverhältnis gelöst. Angeblich wegen des von dem Einigungsamt gefällten ganz selbstverständlichen Schiedsspruches, daß die Kätzhemer-Kommission bei allen Differenzen auch bei Lohnabzügen zuständig sei.

Diese Zuständigkeit ist von Anfang des Bestehens der Kätzhemer-Kommission durch Inanspruchnahme bei derartigen Differenzen von den Unternehmer-Organisationen bis in die letzte Zeit hinein anerkannt worden. Jetzt aber, in der Zeit des Geschäftstiefstandes, glauben die Herren jener Organisationen ihre Mitglieder besser halten zu können, wenn sie ihnen freie Hand bei Lohnabzügen gewähren. Die Herren wollen also an Stelle geordneter Verhältnisse die Willkür setzen. Die Lohnabzüge, die die Herren vornehmen wollen, werden aber die Geschäftslage nur weiter verdrücken, anstatt sie zu heben; zudem sind die Löhne nicht so hoch, daß die Arbeiter sich Abzüge gefallen lassen können, ganz abgesehen davon, daß bei solchen Abzügen auch die Unternehmer der Tischlermeister eine Herabsetzung der Preise verlangen. Die Maßnahmen der Unternehmer gehen nur sicher darauf hinaus, die kleineren Betriebe zu schwächen. Besser hätten die Tischlermeister gethan, sich an das Holzjudikat zu wenden, zu dem einzelne Führer der Unternehmerorganisation in enger Fühlung stehen, um dort ein Herabsetzen der Preise zu erlangen. Kollegen, wie dem nun sei, für die Organisation der Holzarbeiter, den Holzarbeiter-Verband, ist die Situation klar. Nach dem Beschluß der letzten Vertrauensmänner-Versammlung sind die Mitglieder verpflichtet, wenn ihre Lebenshaltung nicht aufs tiefste herabgedrückt werden soll, die bisher bestehenden Löhne auf ihrer jetzigen Höhe zu halten. Alle geplanten Lohnabzüge sind sofort auf dem Verbandsbureau, Engelauer 15, zu melden. In einer in den nächsten Tagen stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung werden wir uns weiter mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Vor allen Dingen ist nun aber nötig, daß die Kollegen fest in der Organisation zusammenstehen und diejenigen Kollegen, welche noch nicht Zeit gefunden, sich als Mitglieder dem Verband anzuschließen, für die Organisation zu gewinnen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Kollegen bei dem Tischlermeister-Verband wegen Lohnabzüge die Arbeit eingestellt haben.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Aus den Berliner Gewerkschaften. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer nahm nach eingehender Debatte die einzelnen Paragraphen des vorgelegten Statuts nebst Reglement in der vorgelegten Fassung an. — Die Fabrik- und Modelldrechsler beschloßen einen Delegierten zu wählen, welcher regelmäßig die Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler zu besuchen hat, damit die Fühlung mit den übrigen Drechslern nicht verloren geht. — Die Drechsler im Bezirk Norden des Holzarbeiter-Verbandes wählten in der letzten Bezirksversammlung als Kommissionsmitglieder Pattloch, Tracht, Pesse, Spidemann und Palme.

Sociales.

Ortsklassenverband Sachsen-Anhalt. Der geplante Verband der Orts-Krankenkassen im Bezirke der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt ist nun durch Beschluß einer Vertreter-Versammlung, die am Sonntag in Weißenfels tagte und von 93 Kassen mit 101 881 Mitgliedern aus 49 Städten befehligt war, gegründet worden. Der § 1 des einstimmig beschlossenen Statuts lautet:

Der Verband der Orts-Krankenkassen im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt verfolgt den Zweck, einen Mittelpunkt für den Meinungsaustausch der betreffenden Orts-Krankenkassen zu schaffen, alle Krankenkassen-Angelegenheiten gemeinsam zu beraten und das Interesse an der gemeinsamen Sache wach zu halten und zu fördern.

Dieser Zweck soll erreicht werden:

1. durch Abhaltung von Versammlungen (Verbandstagen);
2. durch gemeinsame Anträge auf Abhilfe etwaiger Mängel der einschlägigen Gesetzgebung;
3. durch gemeinsames Vorgehen gegen unberechtigte Ansprüche dritter;
4. durch gemeinsame Hinterrückung auf ökonomische Vorteile bei Abschlüssen mit Heilanstalten, Genußgesellschaften, mit Lieferanten etc.;
5. durch Verständigung der Kassenvorstände unter sich bei vorkommenden Wahlen von Vertretern für die Anstalt, sowie für die Invaliditäts- und Altersversicherung;
6. durch Erwerbung von Heilanstalten und Genußheimen, eventuell im Anschluß an den Verein zu Bekämpfung der Lungenschwindsucht der Provinz Sachsen.

Die Versammlung nahm noch eine Resolution an, die den Zusammenschluß der einzelnen Ortsklassen empfiehlt.

Das schweizerische Arbeitersekretariat über die Arbeitslosigkeit.

Das schweizerische Arbeitersekretariat hat soeben unter dem Titel „Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis“ eine Schrift von 290 Seiten veröffentlicht, die jedenfalls zu den besten der bezüglichen Litteratur gehört. Die Arbeit ist ein Bericht an das eidgenössische Industrie-Departement in Bern, zu der seiner Zeit von der Bundesversammlung angenommenen und dem genannten Departement zur weiteren Prüfung überwiesenen Motion betreffend Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis.

Die Schrift enthält folgende Abschnitte: 1. Die Arbeitslosigkeit von 1879 bis 1881. 2. Schwankungen in der Industrie von 1882/83 bis 1898/99. 3. Statistisches aus dem letzten Jahrzehnt: a. Der Grund der Arbeitslosigkeit. b. Die Schwere der Arbeitslosigkeit. c. Persönliche Verhältnisse der Arbeitslosen. 4. Das Problem der Arbeitslosigkeit: a. Wesen und Ursachen der Arbeitslosigkeit. b. Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit. 5. Die Hilfe für die Arbeitslosen: a. Beschaffung von Arbeit. b. Unterstützung der Arbeitslosen. c. Die Arbeitslosen-Versicherung. 6. Der Arbeitsnachweis. 7. Zusammenfassung der Postulate. — Die Schrift enthält 33 Tabellen.

Unter Verdringung eines reichhaltigen Materials beleuchtet Greulich den Umfang der in den Krisen der letzten zwei Jahrzehnte aufgetretenen Arbeitslosigkeit, ihre Dauer sowie ihre Ausdehnung auf die verschiedenen Gewerbe und Industrien, deren gewaltige Weiterentwicklung, sodann die verschiedenen Maßnahmen der Arbeiterorganisationen wie der Behörden gegen die Arbeitslosigkeit, die Ursachen der Krisen und der Arbeitslosigkeit. Eine sehr eingehende und lehrreiche Besprechung erfährt auch der Arbeitsnachweis. Sodann stellt Greulich zum Schlusse die aus den geschätzten Verhältnissen mit Notwendigkeit sich ergebenden Postulate auf. Er schlägt zur Milderung der Arbeitslosigkeit vor die Er-

teilung des Rechtes an die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer, bei drohendem Arbeitsmangel eine verbindliche allgemeine Reduktion der Arbeitszeit für ihre ganze Industrie oder ihr ganzes Gewerbe zu beschließen, wobei die betroffenen Arbeiter für den Minderdienst eine Entschädigung erhalten sollen. Beschwerden gegen eine solche Maßregel werden zunächst durch das schweizerische Industrie-Departement, in zweiter Instanz durch den Bundesrat entschieden. Ferner sollen die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer ermächtigt werden, Vorschriften über das Verhältnis der zulässigen Lehrlinge zur Zahl der Arbeiter in einem Betriebe aufzustellen. Diese beiden Postulate sollen durch ein Gewerbegesetz geregelt werden.

Weiter soll der Bundesrat eine Weisung an die Fabrikinspektoren und Kantonsregierungen erlassen, wonach sie bei Besuchen um Ueberzeit-Verwilligung in Zeiten von Arbeitslosigkeit verpflichtet werden — sofern es sich nicht um eigentliche Notarbeiten handelt — die betreffenden Berufsorganisationen der Arbeiter anzuhören über die Frage, ob sich die Ueberzeitarbeit durch Einstellung von Arbeitslosen des betreffenden Berufes verhüten lasse.

Der Bundesrat soll sodann seinen Departements die Weisung erteilen und an die Kantonsregierungen bezw. an die Gemeinden das Geschick richten, in Zeiten starker Arbeitslosigkeit ihre Arbeiten in eigener Regie auszuführen, um den niedergelassenen Arbeitslosen Arbeit anzuweisen und den ortsüblichen Tagelohn zu zahlen. Eventuell sollen Kantone und Gemeinden mit Bundesmitteln bei diesen Arbeiten unterstützt werden. Arbeitslose, denen keine passende Arbeit zugewiesen werden kann, sollen in zweckmäßiger Weise unterstützt werden. Diese vorübergehende Nothstandsunterstützung soll nicht als Almosen gelten.

Die Arbeitslosen-Versicherung soll in der Weise gefördert werden, daß der Bund die Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften unterstützt und ferner Beiträge leistet an Gemeinden, welche die obligatorische Arbeitslosen-Versicherung einführen, an die die versicherten Arbeiter 60 Proz. der notwendigen Beiträge zahlen und den Rest die Gemeinde, der Kanton und der Bund aufbringen sollen. Die Unternehmer sollen nur für die Versicherung von Wanderarbeitern zu Beiträgen herangezogen werden.

Bezüglich der Organisation des Arbeitsnachweises schlägt Greulich das Verbot eventuell den Konzeptionszwang und die ständige polizeiliche Kontrolle für die privaten Stellenvermittlungsbureaus vor. Sodann soll der Bund bei den Gemeinden die Errichtung von öffentlichen Arbeitsämtern anregen, bei deren Verwaltung die Arbeiter und Unternehmer gleichermassen mitzuwirken haben. Die Kosten sollen Gemeinde (60 Proz.), Kanton (20 Proz.) und Bund (20 Proz.) aufbringen. Bei Vergebung öffentlicher Arbeiten sollen Unternehmer, die einseitige Arbeitsnachweise haben oder organisierte Arbeiter nicht einstellen, von der Bewerbung ausgeschlossen werden, ebenso auch Unternehmer, die grundfänglich den öffentlichen Arbeitsnachweis nicht benutzen.

Sociale Rechtspflege.

Der Schuhmacher V., der für den Fabrikanten Schwiebs als Heimarbeiter thätig gewesen war, hatte diesen beim Gewerbegericht wegen unberechtigter Entlassung verklagt, indem er 60 M. Lohnentschädigung forderte. Die Verhandlung vor der Kammer II ergab folgendes. Als der Kläger sich eines Tages neue Arbeit holte, sollte er sich die Nachart zeigen lassen. Er antwortete, letzteres habe er nicht nötig, und darüber kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Werkmeister. Dieser drohte schließlich, ihn hinauszuwerfen, wenn er nicht die Arbeit nehme und gehe. Kläger ging und schickte dann seine Frau zu Schwiebs um Material zur Arbeit zu holen. Dieser wurde gesagt, daß sie keine Arbeit bekomme und daß sie ihren Mann schicken solle. Der Kläger ging nicht hin. Er erachtete sich für entlassen. Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß von einer Entlassung nicht die Rede sein könne, und wies die Klage mit der Begründung ab, daß die Weigerung V.'s, selber um Arbeit ins Geschäft zu kommen, unberechtigt sei und einer freiwilligen Lösung des Arbeitsverhältnisses gleichkam.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die preussische Germanisierungspolitik vor dem österreichischen Reichsrat.

Wien, 10. Dez. (W. T. V.) Der Abg. Dzieduszycki erklärte, das Haus habe den Willen, zu leben. Man möge mit den Drohungen aufhören und die Obstruktion aufgeben. Der Redner bebauert, daß man in Preussisch-Polen die Muttersprache nicht nur aus der Volksschule, sondern auch aus den Privatschulen zu bannen suche. (Hört! links.) Damals sei es trotz des tiefen Eindruckes, den diese Nachricht auf die polnische Bevölkerung Oesterreichs machte, zu keinen lauten Kundgebungen gekommen. Redner erinnert an die Einsetzung einer Kolonisationskommission in Preussen, welche polnische Güter aufkaufte und weiter verkaufte. Auch damals hätten die Polen geklagt. Ferner weist der Redner auf die Ausweisung österreichischer Unterthanen aus Preussen hin, nur weil sie Polen waren, die es wagten, polnisch adressierte Briefe und Telegramme abzugeben. Redner verweist endlich darauf, daß nun auch der Religionsunterricht, der nach einem Gebote der Kirche in der Muttersprache zu lehren sei, in einer fremden Sprache vorgetragen werden soll. Dies sei geschehen, nachdem seit einem halben Jahrhundert von der polnischen Bevölkerung keinerlei illegale Schritte unternommen worden seien. Nachdem man dann erfahren, daß die Kinder deshalb gepeitscht und die Eltern derselben wegen Aufruhrs angeklagt worden seien, habe die polnische Bevölkerung ihr Gefühl nicht mehr zurückhalten können. Hierauf wird das Eintreten in die Specialdebatte beschlossen.

Ministerpräsident v. Köber erklärt, daß die Weigerung innerer Angelegenheiten eines andern Staates im Hause ausgeschlossen bleibe und er, der Ministerpräsident, deshalb von seinem Standpunkt aus gewisse Reuegerungen zurückweisen müsse, die sich auf einen fremden Staat in den Ausführungen des Vorredners bezogen hätten. (Weifal.)

Daszynski (Soc.) erwidert, es gebe Dinge, bei denen die durch die internationalen Beziehungen gezogenen Grenzen überschritten werden müßten und er müsse, nicht nur im Namen des polnischen Volkes, sondern aller Völker, gegen die Behandlung der nichtösterreichischen Polen protestieren. Er schäme und achte das deutsche Volk, dem Europa großartige Werke kultureller Arbeit verdanke, aber eben deshalb wolle er nicht, daß mit dem Namen dieses großen Volkes kleinliche, kulturwidrige Thaten gedeckt würden. — Hierauf wird das Budgetprovisorium in allen Lesungen angenommen.

Leipzig, 10. Dezember. (W. T. V.) Der Prozeß gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Wollmanufaktur Aktiengesellschaft wurde heute fortgesetzt. Der Angeklagte Fußmann-Antwerpen bestritt, daß eine Veräusserung des Vermögensstandes der Gesellschaft stattgefunden habe. Der Angeklagte Herzogsdorf-Berlin erklärt, er habe das Nachtrich-Conto mit 540 000 M. für verloren, aber nach und nach abkündigungsfähig gehalten, die Eigendeklaration sei nur zum Wohle der Wollmanufaktur erfolgt, damit sie nicht untergehe. Er sei entschlossen gewesen, auf Verlangen der Generalversammlung volle Wahrheit zu sagen. Der Angeklagte Offermann bestätigt, einmal 140 000 und dann 800 000 M. zur Sanierung geopfert zu haben. Sodann folgen Zeugenvernehmungen.

Paris, 10. Dezember. (W. T. V.) Die Deputierten-Lammer beendigte in der Nachmittagsitzung die Generaldebatte über das Budget und nimmt mit 805 gegen 122 Stimmen einen Antrag an, welcher die Regierung auffordert, vor dem Senat für die Einführung einer progressiven Steuer auf Erbschaften von mehr als einer Million Franz einzutreten.

Reichstag.

100. Sitzung vom Dienstag, 10. Dezember 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichstagsrat Graf Bülow, Graf Posadowsky, Freiherr v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht die folgende Interpellation des Abg. Fürst Radziwill (Polen) und Gen.:

1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vorgänge in Breschen nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande ein Aufsehen erregt haben, welches geeignet ist, dem Ansehen des Deutschen Reiches Abbruch zu thun?

2. Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler dieser Angelegenheit gegenüber ein?

Reichskanzler Graf Bülow erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation ergreift das Wort

Abg. Fürst Radziwill:

Der Anlaß zu der vorliegenden Anfrage an den Reichskanzler liegt für uns in der Verfassung, die nationale Würde derjenigen Bevölkerungsklassen zu wahren, die uns als ihre Vertreter in dieses hohe Haus geschickt haben, eine Würde, die wir als durch die bekannten Ereignisse in Breschen verletzt empfinden mußten. Zwar liegen die Breschener Vorgänge nicht sowohl in der Kompetenz des Reiches, als zunächst Preußens. Immerhin bietet aber die elementare Erregung, die sich nicht nur der unmittelbar beteiligten Kreise, sondern der ganzen Öffentlichkeit Deutschlands, ja weit über die Grenzen des Reiches hinaus bemächtigt hat, und das Echo, das von diesen Vorgängen in der ganzen Welt wiederhallt, uns den Anlaß in diesem hohen Hause, in dem recht eigentlich das Nationalgefühl der deutschen Nation kulminiert, diese Frage zur Besprechung zu bringen. Wir haben natürlich nicht jene dauerlichen Vorgänge im Auge, die an einigen Stellen des Auslandes zum Durchbruch gekommen sind und in allen Kreisen jener Länder beurteilt worden sind als geeignet, einer guten Sache Abbruch zu thun.

Wir erwarten vom Reichskanzler eine Antwort, wie sie dem Volkgefühl der Nation und der hohen Stellung, die er in der Welt einnimmt, entspricht, und wir wünschen die Auffassung der Vertretung des deutschen Volkes und der Reichsregierung in der Frage zu ergründen: Ist es in der That für die Wohlfahrt des Deutschen Reiches notwendig, eine nationale Rinderheit, welche die Entwicklung der Geschichte dem Reich als Reichsgenossen zugeteilt hat, in einer Weise, wie wir dies seit einer langen Reihe von Jahren erleben müssen, in ihrer nationalen Eigentümlichkeit anzufinden und zu bedrängen, mit dem ausgesprochenen Endziel, in früherer oder späterer Zeit die Ausrottung dieser nationalen Rinderheit auf dem Boden des Reiches zu bewirken. Liegt es nicht eher im Interesse des Ansehens des Reiches, die Wahrung ihrer von den Vätern ererbten Güter nicht zu erschweren? Wir können von dem humanen Sinn des Herrn Reichskanzlers die Sorge dafür erwarten, daß der Rindemerkmal der deutschen nationalen Größe und Macht, den er sich vorstellt, von seiner Fülle nichts verlieren wird, wenn er nicht von dem Thronerbtum polnischer Mütter, welche in ihren Empfehlungen für ihre Kinder gekränkt werden, und den Thronen dieser Kinder geneigt wird. — Medner skizziert nunmehr die Breschener Vorgänge im einzelnen. Er beurteilt es auf das Schärfste, daß den Lehrern Prämien erteilt wurden, wenn sie die Kinder möglichst rasch im Deutschen förderten. Dadurch wurde der Quätereier der Kinder Vorkurs geleistet und der Rohstoff spielte eine große Rolle. Die Eltern, welche in berechtigter Empörung das Recht ihrer Kinder verteidigten, wurden zu überaus schweren Gefängnisstrafen, teilweise zu 3 1/2 Jahren, verurteilt.

In früheren Jahren hat auch die preussische Regierung ihre Pflichten gegenüber der polnischen Bevölkerung erfüllt und das Recht der Polen auf ihre eigene Nationalität anerkannt. Demals ging die Auffassung auch der preussischen Regierung nach ihrem eigenen Ausdrucks dahin, daß die Grundlage jeder Bildung die Muttersprache sei. Heute aber kann die Regierung kaum den Augenblick erwarten, in allen Schulen den deutschen Religionsunterricht einzuführen. So, selbst die Heiligkeit des Hauses wird von der Regierung nicht mehr geachtet, man sucht den polnischen Kindern sogar zu verbieten, zu Hause sich ihrer Muttersprache zu bedienen. (Hört! hört! bei den Polen.) Auch in den Waisenhäusern dürfen die polnischen Kinder nur deutsch sprechen.

Ich möchte den Reichskanzler fragen, ob er nicht Maßnahmen zu ergreifen gedenkt, die auf den Frieden in dem auf das tiefste aufgeregten nationalen Kampf hinwirken. Ich hoffe, daß meine Anfrage zu Maßnahmen Anlaß giebt, die von der bisherigen Politik, soweit sie als fehlerhaft erkannt sind, abzuweichen und daß die Antwort des Reichskanzlers von der Auffassung angeben wird: Homo sum, et nihil humani a me alienum puto. (Ich bin ein Mensch, und nichts Menschliches erachte ich mir fremd.) (Lebhafte Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der Antragsteller hat bereits anerkannt, daß ich verfassungsrechtlich nicht in der Lage bin, hier auf die Vorgänge in Breschen einzugehen, es handelt sich um die innere Angelegenheit eines Bundesstaates. Das Verhältnis der preussischen Unterthanen preussischer Junge zur preussischen Staatsregierung ist eine rein preussische Angelegenheit. — Wenn diese Angelegenheit im preussischen Landtage zur Sprache gebracht werden sollte, so werde ich dort, an zuständiger Stelle, Rede und Antwort stehen. An einer Erörterung jener Vorgänge in diesem hohen Hause vermag ich mich jedoch nicht zu beteiligen. (Hört! hört! bei den Polen.) — Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich muß es ablehnen, die von dem Herrn Antragsteller vorgebrachten Einzelheiten meinerseits zu diskutieren und darauf verzichten, dieselben hier richtig zu stellen. Als Reichskanzler habe ich meinerseits die Pflicht, alle verfassungsmäßigen Rechte des Reiches und seiner Organe nach außen, wie nach innen, in ihrem vollen Umfange zu wahren. Ich habe aber eben sehr die Aufgabe, das Eingreifen von Institutionen des Reiches in die durch die Verfassung der Einzelstaaten vorbehaltenen Zuständigkeiten zu verhindern. Ich würde genau denselben Standpunkt einnehmen, wenn es sich statt um eine preussische etwa um eine bairische, eine württembergische oder eine anhaltische Angelegenheit handelte. Wie das Reich das Recht hat, von den Bundesmitgliedern die lokale Erfüllung der den Bundesstaaten gegenüber dem Reich obliegenden Verpflichtungen zu fordern und sie auch bisher niemals vergebens gefordert hat, so haben die Bundesstaaten Anspruch auf unbedingte Achtung der ihnen zustehenden Befugnisse. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Diese Befugnisse darf ich nicht beeinträchtigen lassen und ich muß gegen jeden Versuch, an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und dem Rechte der Bundesstaaten zu rütteln, entschiedene Verwehrung einlegen. Da aber der Herr Antragsteller, dem ich für seine ruhige Begründung der Interpellation um so dankbarer bin, je größer der Abstand ist zwischen seiner Rührung und der neuerdings von der Volkspresse geführten Episode, da der Herr Antragsteller auch Bezug genommen hat auf die Beziehungen zu unseren beiden Nachbarstaaten, so erkläre ich noch das Nachstehende: Dafür, daß durch die Vorgänge in Breschen dem Ansehen des Deutschen Reiches irgendwie Abbruch geschehen wäre, ist mir nicht das mindeste bekannt. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Den Anstiftern jener Exzesse in Galizien und Warschau, die, wie ich glaube, der

Herr Antragsteller doch gar zu milde beurteilt hat, jenen Anstiftern mag ja die Absicht vorgeswebt haben, durch derartige Straußalle ein Moment der Beunruhigung hineinzutragen zwischen unsrer Beziehungen zu Rußland und Oesterreich-Ungarn. Wenn aber irgendwie die Befürchtung bestanden haben sollte, daß unsere Beziehungen zu diesen beiden Staaten durch jene Vorgänge irgendwie ungünstiger gestaltet seien, so kann ich diese Befürchtungen vollkommen zerstreuen. (Bravo! rechts und bei den Linken.) Die Haltung sowohl der russischen wie der österreich-ungarischen Regierung hat unseren berechtigten Erwartungen vollkommen entsprochen und wir haben keinerlei Grund zur Besorgnis gehabt. Ich freue mich, besonders darauf hinweisen zu können, daß die kaiserlich russische Regierung anlässlich der am 4. d. M. gegen das kaiserliche Generalkonsulat in Warschau verübten Ausschreitungen sofortige und nach jeder Richtung befriedigende Remedur hat einzuwirken lassen.

Der russische Minister des Auswärtigen Graf Lomdorsky hat den kaiserlichen Botschafter in Petersburg sofort gebeten, der kaiserlichen Regierung sein tiefstes Bedauern über das höchst beklagenswerte Vorkommnis zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig ließ er seinen Zweifel darüber, daß die deutsche Regierung zur russischen vollen Vertrauen haben könne, daß sie aus freien Stücken alle notwendigen Maßnahmen sofort und in vollem Umfange ergreifen werde. Dies ist denn auch bereits geschehen und hat uns allen weiteren diplomatischen Schritten gegenüber der kaiserlich russischen Regierung in dankenswerter Weise entbunden. Der Generalgouverneur von Warschau, die Spitzen der Civil- und Militärbehörden haben dem kaiserlichen Generalkonsul offizielle Besuche gemacht, um ihnen ihr Bedauern über die Vorfälle auszusprechen. Ferner hat die russische Regierung strenge Untersuchung und nachdrückliche Verfolgung der Schuldigen angeordnet. Das zerstörte Konsulat wird seitens der russischen Regierung durch ein neues ersetzt und in feierlicher Weise heute wieder angelegt werden. Die Solidarität, welche seit länger als einem Jahrhundert auf Grund der bestehenden Verträge und des gegenwärtigen status quo Preußen und Rußland verbindet, gegenüber Bestrebungen und Tendenzen, die im letzten Ende darauf abzielen, den Gang der Geschichte rückläufig zu machen und den status quo ante 1772 wieder herzustellen, diese Solidarität hat sich auch diesmal bewährt und ist schwerer zu erschüttern, als vielleicht dieser oder jener glaubt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Selbstverständlich sind sofort nach dem Lemberger Vorfalle vom 29. November Maßnahmen zum Schutze des dortigen kaiserlichen Konsulats ergriffen worden. Diese Maßnahmen haben sich indes leider nicht als ausreichend erwiesen, um die bei der Enttüllung des Denkmals eines polnischen Schriftstellers vorgehendem erneut vor dem Konsulat stattgehabten umfangreichen Demonstrationen zu verhindern. Wie nach dem November-Vorfalle der Statthalter von Galizien gegenüber dem kaiserlichen Konsul in Lemberg, so hat nach den vorgestrigen Ausschreitungen der österreich-ungarische Minister des Auswärtigen in Wien sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen. Graf Goluchowski hat zugesichert, daß die Excedenten energisch gestraft und die Behörden zur Verantwortung gezogen werden würden, sowie daß er sich betreffs weiterer Anordnungen sofort mit dem österreichischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt habe. Endlich habe ich ein Telegramm meines kaiserlichen Konsuls in Lemberg erhalten, wonach der Statthalter von Galizien ihm wegen der vorgestrigen Vorfälle sein Bedauern ausgedrückt und erklärt hat, daß keine Maßnahmen zum Schutze des Konsulats unterlassen werden würden.

Ich kann aber nicht schweigen, ohne meinem Erstaunen darüber Ausdruck zu geben, daß der Herr Antragsteller auch nur einen Augenblick hat annehmen können, wir würden uns durch ausländische Beurteilung inländischer Vorgänge und Verhältnisse irgendwie impressionieren lassen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ausländische Stimmungen, Strömungen und Demonstrationen können weder den Gang der inneren Politik noch die Haltung des leitenden Ministers im Reich irgendwie bestimmen. (Ernunter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Für mich kann nichts anderes maßgebend sein als die Staatsraison dieses Landes und meine Pflicht gegenüber dem Deutschtum. (Bravo! rechts.) Dieser meiner Pflicht werde ich eingedenk bleiben, und ich werde gegenüber der ersten Gefahr, die nach meiner pflichtmäßigen Überzeugung unser Volkstum von polnischer Seite bedroht (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen), ferner thun, was meines Amtes ist, damit das Deutschtum im Osten nicht unter die Räder kommt. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Pfiffen bei den Polen.)

Auf Antrag des Abg. Graf Comperch (Ctr.) findet Besprechung der Interpellation statt; dagegen stimmen die Konserativen und die Reichspartei.

Der Reichskanzler und sämtliche Minister verlassen den Saal.

Abg. Dr. Noeren (C.):

Ich bedauere, daß der Herr Reichskanzler nicht auf die Vorgänge, die zur Interpellation geführt haben, selbst eingegangen ist. Seine Einwendung, daß es sich bei der Interpellation um einen Eingriff in die Rechte der Partikularstaaten handle, ist durchaus falsch. Wenn die Vorgänge auch zunächst danach angethan erscheinen könnten, in preussischen Landtage besprochen zu werden, so haben sie doch eine Bedeutung erlangt, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus reicht. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.) Da muß der Reichstag selbst das Wort ergreifen. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Daß die deutsche Reichsregierung der Sache nicht so gleichgültig gegenübersteht, geht aus der langen Mitteilung des Reichskanzlers über die diplomatischen Verhandlungen, die er geführt hat, hervor. Ich überschätze die Ausdehnung des Auslandes nicht, aber im Ausland würde es doch ein eigenartliches Licht auf den Reichstag werfen, wenn er sich mit dieser Frage nicht beschäftigen wollte. (Sehr richtig! links.) Ich sehe bei den Kundgebungen des Auslandes ganz ab von den Strafrazzouken und Tumulten, die keine Bedeutung haben und die jeder verurteilt.

Ich möchte nur wünschen, daß die gleiche Beurteilung auch die von alldeutscher Seite veranstalteten, viel exzessiveren Tumulte trifft. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.) Von den Kundgebungen in Galizien sehe ich ab. Die Stammverwandtschaft mit den Polen bringt es mit sich, daß dort Sympathie Kundgebungen stattfinden. Von größerer Bedeutung aber ist, daß in Rußland die sonst strenge Zensur für die Beurteilung der Vorgänge in Breschen durch die polnische Presse gänzlich suspendiert worden ist. (Hört, hört!) An den Protestversammlungen der Polen im Auslande beteiligte sich nicht nur die große Menge, sondern sehr distanzierte, sehr hochgestellte Staatsbeamte (Hört, hört!) die sich mit großen Geldsummen auch an der Sammlung für die Opfer der Breschener Vorgänge beteiligen. Von der größten Bedeutung aber ist die Haltung der ausländischen Presse in England, Frankreich, Amerika und Holland, wo ohne Rücksicht auf Parteistellung die Vorgänge einstimmig aufschärfte verurteilt werden. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Die Reichsregierung wird sich durch solche Kundgebungen gewiß nicht veranlaßt fühlen, dieses oder jenes anders einzurichten. Ich halte das Ausland, zumal Rußland, nicht für berechtigt, sich in der Weise, wie es geschehen, in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Da aber diese Einmischung charakteristisch erfolgt ist, haben die Breschener Vorgänge einen Charakter angenommen, der es nicht zuläßt, sie als spezifisch preussische, als interne häusliche Angelegenheit anzusehen. (Lebhafte Zustimmung

im Centrum und links.) Deshalb haben wir uns an der Interpellation beteiligt und treten in ihre Besprechung. Von Partikularismus oder Centralismus kann bei dieser Frage gar keine Rede sein. Es handelt sich bei den Vorgängen in Breschen nicht um einen speziellen Fall von Noheit eines einzelnen Lehrers, sondern um eine vorher zwischen dem Lehrer und dem Schulpfleger vereinbarte, beschlossene und beschlossene That, um unter Ausnutzung der bestehenden Schulgewalt eine formale Massenprügelung von Kindern zu ermöglichen und zwar durch einen Lehrer, der schon einmal mit 100 R. für die Förderung des Deutschtums bezahlt worden war und unter der Leitung des Schulpflegers, 14 polnische Kinder nach Beendigung des Schulunterrichts in der Klasse in Reih und Glied eintreten. Das erste Kind wird abgeführt in ein besonderes Zimmer. Es wird abgeprügelt und die übrigen müssen den Schmerz mitempfunden, das geprügelte Kind kommt zurück, und die in Reihe und Glied stehenden Kinder sehen seine blutgeschwollenen Finger. (Lachen rechts.) Nun kommt das zweite Kind an die Reihe, und so geht es fort. (Auf links: Kolter!) Man muß erstaunen über die Energie der Kinder, daß sie nicht schwach und wankend bei dieser Broche geworden sind. Was hätten die Kinder beim Verbrechen? Sie wurden nicht geprügelt wegen einer Ungezogenheit, sondern weil sie dem Befehl ihrer Eltern entsprochen und sich dem deutschen Religionsunterricht gegenüber passiv verhalten haben. Die Eltern hatten es ihnen verboten, sich den deutschen Katechismus anzuschaffen. Charakteristisch ist der Ausruf einer polnischen Mutter, sie wolle ihr Kind lieber tot sehen, als daß es in einer Sprache bete, die sie nicht versteht, in der sie nicht über Fragen des Herzens mit ihm sprechen könne. Das ist doch eine große Jungferlichkeit des religiösen Gefühls. Ein liberales Blatt hat geschrieben, man solle doch den Polen nicht die religiöse Stütze nehmen, die es allein ihnen ermögliche, ihr nationales und soziales Elend zu ertragen. Ob es richtig ist, daß durch den deutschen Unterricht den Kindern die Religion entfremdet wird, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls haben die Kinder nur dem Willen ihrer Eltern gehorcht und dafür sind sie geprügelt worden. Als in Breschen sich die Nachricht verbreitete, sind die Eltern nach der Schule gelaufen, um zu sehen, ob ihre Kinder unter den Geprügelten seien; ohne daß eine Gewaltthätigkeit gegen eine Person oder eine Sache verübt worden ist, sind die Leute dann wegen Landfriedensbruchs vom Landgerichte verurteilt worden bis zu 2 1/2 Jahren Gefängnis. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es liegt mir fern, auf dieses Urteil, das noch vor der Revisionsinstanz steht, näher einzugehen, nur einen charakteristischen Vorgang will ich erwähnen. Die eine Witwe, die schließlich zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, hat am Blutstufen gelitten, es zeigten sich Spuren, daß das Uebel von neuem auftreten würde, und der Verteidiger beantragte ihre Entlassung aus der Untersuchungshaft; der anwesende Arzt bestätigte die drohende Gefahr, das Gericht aber lehnte auf Antrag des Staatsanwaltes den Antrag ab. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Frau hat im Gefängnis bleiben müssen. (Auf rechts: Ist nicht wahr, sie ist ja entlassen.) In der alldeutschen Presse ist das Vorgehen der Eltern als ungeheures Verbrechen bezeichnet worden. Ich möchte an die Hauptkategorie der Katastrophen die Frage richten, ob sie in dem gleichen Fall nicht dasselbe thun würden. Stellen Sie sich vor, der Krieg von 1870 wäre anders verlaufen, ein deutscher Landesteil wäre unter französische Herrschaft geraten. Wenn dort den deutschen Kindern Religionsunterricht in französischer Sprache erteilt würde, würden Sie da nicht auch von Barbarei gesprochen haben? (Sehr richtig! im Centrum.) Ich bin überzeugt, daß die Eltern ihr Verbot nicht zunichtemehmen werden, ich bin aber auch davon überzeugt, daß es mit den Massenprügelungen nicht weiter geht, daß man auf andere Strafen summen wird. Disziplin muß ja sein. Von katolischer Seite ist vorgeschlagen worden, die Kinder aus den Schulen zu jagen, sie nirgends anzunehmen und sie geistig verkrüppeln zu lassen, damit sie als Erwachsene nicht gefährliche Gegner der Deutschen werden. (Stufe links: Unerbört!) Auf diesen ebenso barbarischen wie unverantwortlichen Vorschlag kann keine Regierung eingehen. Es ist weiter erwogen worden, ob es vielleicht möglich ist, auf Grund des Fürsorge-Gesetzes die Kinder zwangsweise den Eltern zu entreißen. Aber auch das ist nicht möglich. Die halatistische Schulpolitik steht ratlos da, sie ist am Ende ihres Lateins angekommen. Das Breschener Urteil bedeutet den regelrechten Bankrott der halatistischen Schulpolitik. (Widerstand rechts und bei den Nationallib.) Das einzige erlösende Mittel ist, den Kindern ihre Muttersprache zu lassen und ihnen ihren Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen zu lassen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir könnten uns hier ein Beispiel an Rußland nehmen, wo in allen Volksschulklassen einschließlich der obersten Klasse der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wird.

Wie werden die Regierung entschieden unterstützen in der energischen Abwehr aller hoch- und landesverräterischen Bestrebungen der Polen, wie auch in dem Bestreben, unsere polnischen Mitbürger zu zufriedenen Mitgliedern des deutschen Staates zu machen. Aber ich muß doch konstatieren, daß zu der neuesten Polenpolitik nicht hoch- und landesverräterische Unternehmungen der Polen die Veranlassung gegeben haben können, weil solche seit geraumer Zeit vor dem neuen Kurs überhaupt nicht vorgekommen sind. In dem Thömer Prozeß gegen die polnischen Pennäler und dem Posener Prozeß gegen die polnischen Studenten ist die Verurteilung nur erfolgt wegen Teilnahme an einer geheimen Verbindung; man hat aber in beiden Prozeßen kein hoch- oder landesverräterisches Verhalten der Angeklagten feststellen können. (Hört, hört! bei den Polen.) Die halatistische Presse hat diese Prozesse in maßloser Weise aufgebauscht. In der Thömer Pennälerverbindung, die zum Zwecke des gemeinsamen Studiums polnischer Litteratur und Geschichte gegründet war, ist nichts Ungehöriges vorgekommen, trotzdem wurden die Gymnasialisten mit Gefängnis bestraft. (Zuruf links: Wider das Gesetz!) Ich stimme diesem Urteil bei, will aber das Urteil nicht kritisieren, weil es, so viel ich weiß, noch nicht rechtskräftig geworden ist. Sonst werden Teilnehmer an Pennälerverbindungen, in denen Anipereien und noch viel schlimmere Dinge stattfanden, einfach relegiert und können auf einer andern Schule ihr Studium fortsetzen; diesen jungen Leuten haftet die Gefängnisstrafe für ihr ganzes Leben an; sie sind nachträglich noch von sämtlichen Gymnasien der Provinz relegiert, und man hat sogar, wie mir berichtet wird, denjenigen, die das Zeugnis zum einjährigen Dienst hatten, dieses Zeugnis wieder genommen wegen mangelnder sittlicher Reife. (Hört! hört! bei den Polen.)

Was nun die gegenwärtige Art der Germanisierung betrifft, so müssen wir dieselbe verurteilen aus principellen Gründen, weil sie zu Ungerechtigkeiten führt und das Gegenteil von dem erreicht wird, was sie bezweckt. Das Nationalgefühl der Polen wird dadurch nur gestärkt und sie werden uns immer mehr entfremdet. Man unterscheidet nicht zwischen Staats- und Reichsangehörigkeit und Nationalität. (Sehr richtig! b. d. Polen.) Wir können die Polen nur zu zufriedenen deutschen Reichsangehörigen machen, aber ihre polnische Nationalität können wir ihnen nicht nehmen. (Sehr richtig!) Wenn die Polen erst so auftreten wie die Alldeutschen in Oesterreich (Sehr gut! im Centrum), dann werden wir Grund haben, gegen sie vorzugehen.

Von diesen Alldeutschen werden Hunderttausende von Mark vielfach unter staatlicher Billigung mit einer Art von medienburgischem Gotteskasten zur Förderung ihrer Bewegung nach Preußen gebracht. (Hört! hört!) Wenn die Polen so bei uns vorgehen, dann wird es Zeit sein, sie als Landes- und Hochverräter zu verurteilen.

Ganz verkehrt war ja schon die Gründung des Anstiftungs-fonds von 200 Millionen zur Ueberlassung polnischen Grundbesitzes an deutsche Anstifter. Es ist ungerecht, Gelder, die von den polnischen Steuerzahlern mit aufgebracht werden, zur wirtschaftlichen Aus-potenzierung des polnischen Volkes zu verwenden. Es wird dabei weniger eine Germanisierung der Polen als eine Protestantisierung bezweckt. (Lebhafte Beifall im Centrum.) Es ist eine Thatsache, daß der Anstiftungs-fonds nur protestantischen Deutschen zu Gute kommt, weil man fürchtet, daß katholische Anstifter wegen der verwandten Reli-gion sich mit den Polen zu leicht vermischen könnten. (Widerpruch bei den Rationalliberalen.) Den protestantischen mosarischen Polen läßt man ihr Polentum ruhig und begründet dies gerade damit, daß sie sonst leichter der großpolnischen Bewegung zugänglich wären. — Von der Inneren Mission werden protestantische Waisenkinder in Massen nach Westpreußen geschickt (Hört, hört! im Centrum), auch bloß zum Zweck des Protestantismus. Erfolge wird man bei den Polen nur erzielen, wenn man sie zu zufriedenen Reichsbürgern macht und sie nicht gewaltsam germanisiert. (Lebhafte Beifall im Centrum und links.)

Abg. Graf von Limburg-Sturum (konf.).

Der Vordredner hat sich nicht streng im Rahmen der Inter-pellation gehalten. Ich will ihm auf diesem Wege nicht folgen. Die Interpellation hätte lauten müssen: Weiz der Reichstanzler von den Ausföhrungen im Auslande und was ist seitens der deutschen und preussischen Regierung dagegen geschehen? (Sehr richtig, rechts.) Darauf hat der Reichstanzler heute eine ganz ausgezeichnete Antwort gegeben. Seine Rede hat gezeigt, daß die deutsch-preussische Politik wieder in den richtigen Bahnen wandelt. Daß den pol-nischen Kindern ihre Religion erhalten werden soll, ist selbstverständ-lich. (Widerpruch im Centrum und bei den Polen.) Dem wider-spricht es aber nicht, Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen, das ist eine schulfachliche Frage die vors preussische Ab-geordnetenhaus gehört. Die Kinder nun waren renitent und da bleibt nichts andres übrig als der Vokal, der mäßig angewandt, ein sehr richtiges Erziehungsmittel ist. (Lachen links.) Warum haben nun die Eltern Skandal gemacht, es waren doch gar nicht ihre Kinder, die geschlagen wurden. Warum haben die Eltern die Lehrer bedroht? (Lachen im Centrum und links.) Wir hat die Motivierung und die Art des Breschener Erkenntnisses außerordentlich gefallen; man könnte dies Gerichtserkenntnis in seiner klaren deutschen Art als Muster hinstellen. Es ist aber die Tendenz der polnischen Agitation in Polen, die katholische Kirche und die Polen zu identifizieren. (Widerpruch im Centrum und bei den Polen.) Diese Leute haben ihren Jubelern z. B. erklärt, der Papst sei ein Pole. (Hört! hört! rechts.) Der Staat kann gegen eine solche Renitenz, wie sie die Breschener Ausföhrungen gezeigt haben, nur durch den Staatsanwalt vorgehen, um zu zeigen, daß er stärker ist als die Agitatoren. (Sehr richtig! rechts.) Diese Agitatoren selbst hat man leider nicht fassen können.

Ich komme zu der Interpellation selbst. Die Erregung in den polnischen Landesteilen und in der polenfreundlichen Presse ist uns nichts Neues. Fürst Bismarck hat schon die von ausgewanderten Polen in der Presse vertretenen Tendenzen in ihrer Bedeutung ge-würdigt. Abbruch haben uns in der öffentlichen Meinung diese neuesten Ausföhrungen und Preharkitel nicht getan. Ich glaube von unren polnischen Kollegen in diesem Hause nicht, daß sie den Gedanken an ein einseitiges polnisches Reich verfolgen. Aber die Herren behaupten die Situation nicht, wir können uns nicht darauf verlassen, daß sie die Bewegung in den Händen behalten. Die Ge-fahr, die sich gegen uns aufbläht, ist zu schwer, als daß wir dabei ruhig zusehen könnten. In ruhigen Zeiten hat die Sache zwar keine Gefahr, wohl aber in schweren, kritischen Zeiten. Dann können Sie ganz sicher sein, daß die polnische Rationalität wieder versuchen wird, sich einseitlich zu organisieren, und dagegen müssen wir uns wehren. Ich bin mit der jetzigen Haltung der Staatsregierung durchaus einverstanden; sie zeigt dem Ausland, daß das deutsche Volk und die preussische Regierung Bestrebungen gegen ihre eigne Stärke zurückzuweisen verstehen. Nach der falschen Versöhnungs-politik, wie sie auch noch Graf Caprivi bestritten hat, sind wir erst jetzt wieder in die rechten Bahnen eingelenkt. (Sehr richtig! rechts und bei den Rationalliberalen.) Auch meine politischen Freunde wünschen, daß den Polen ihre Religion erhalten werde (Lachen bei den Polen), wir müssen aber das Deutschtum gegen die Propaganda des Polentums schützen. Die Vorgänge in Breschen haben uns im Auslande keinen Abbruch getan, sondern uns im Auslande insofern genützt, als sie gezeigt haben, daß wir eine starke preussische Regierung haben, die sich nicht an den Wagen fahren läßt. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Rationalliberalen. Zwischen bei den Polen.)

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole):

Ich bin im Breschener Prozeß Verteidiger der Angeklagten ge-wesen, werde aber trotzdem durchaus objektiv sein. Die Verichte über den Prozeß in der Presse waren freilich nicht immer absolut objektiv. Während der Rede des Staatsanwalts blieben alle Berichterstatter auf ihren Plätzen, verließen diese aber sofort, als eine polnische Ver-teidigungsrede begann. (Hört! hört! bei den Polen.) Die Kinder sind im Breschener Prozeß als Jungen vernommen worden; ihre Bildung im Deutschen war so weit vorgeschritten, daß z. B. ein Kind nicht wußte, was im Religionsunterricht unter dem „heiligen Geiste“ zu verstehen war. Die Leute in Breschen haben sich sehr loyal benommen; sie haben eine Petition an den deutschen Kaiser gesandt, mußten aber die Erfahrung machen, daß das alte russische Sprichwort recht hat, das sagt: „Der Jar ist weit“. Die Züchtigungen sind weit über das erlaubte Maß hinausgegangen. Die Hände der Schüler waren geschwollen, sie konnten nicht den Bleistift halten; als sie aus der Schule kamen, war die ganze Bevölkerung empört, und nicht nur die polnische, auch die deutsche stand um die Kinder herum. (Hört! hört! bei den Polen.) Die Züchtigungen haben selbst Erkrankungen der Kinder zur Folge gehabt. Und trotzdem hat das Gericht erkannt, das Züchtigungsrecht sei nicht überschritten. (Hört! hört! bei den Polen.) Wo bleibt die Gerechtigkeit, wenn die Lehrer, die so ihr Züchtigungsrecht überschritten haben, straffrei ausgehen und die Eltern der gemißhandelten Kinder zu mehrjährigen Strafen verurteilt werden! (Sehr richtig! bei den Polen.) — Auf die sogenannten Unruhen in Breschen wurde die Staats-anwaltschaft erst durch einen Artikel des „Posener Tageblatts“ aufmerksam gemacht. Der Landrat in Breschen selbst hatte von den in diesem Artikel ge-schilderten Vorgängen so wenig gewußt, daß er gar keine Anzeige an seine vorgesetzte Behörde erstattet hatte.

Auf dem Konzil zu Trident ist bereits festgelegt worden, daß der Unterricht in der katholischen Religion nur in der Muttersprache erteilt werden darf. Also wir würden aufhören rechtläubige Katholiken zu sein, wenn wir diesem Konzilsbeschlusse nicht nachkämen. (Sehr richtig! im Centrum.) Von einer religiösen und sittlichen Erziehung der Kinder kann bei solchen Konflikten zwischen Eltern und Lehrern und Lehrern und Geistlichen keine Rede sein. Sie schaffen durch Ihre Politik nur ein polnisches Irland. Den Polen ist seiner Zeit durch eine kaiserliche Votschaft verhandelt worden, ihre Sprache soll Euch erhalten werden. Das ist ein Kaiser-wort, meine Herren! Heute denkt die aufgeregte Bevölkerung in Breschen noch streng monarchisch, sie hat Vertrauen zur Krone. Wenn die Germanisierungspolitik in dieser Weise fortschreitet, werden Sie nichts erreichen, als das Vertrauen zur Krone nimmermehr zu erschüttern. Das wäre um so ge-fährlicher als sich in der dortigen Gegend wohl sozialistische, wie panslawistische Einflüsse geltend machen. — In der ganzen Welt hat der Breschener Prozeß ungeheures Aufsehen erregt. Im Namen der Zivilisation und im Rahmen der Humanität haben alle großen Völker des Auslandes ihr Urteil über diesen Prozeß gefällt. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wenn Ihre Germanisierungspolitik so weiter fortschreitet, so wird bald

aus dem Rechtsstaate Preußen ein Polizeistaat werden. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Sattler (natlib.):

Der Vordredner hat schon als Verteidiger in dem Breschener Prozeß, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtete, heftige Angriffe gegen den Kreis-Schulinspektor und dessen persönliche Ehrenhaftigkeit gerichtet. Dadurch hat der Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian seine Stellung keineswegs verstärkt, sondern den Aufsehen erweckt, daß seine Sache eine schlechte ist. (Hört! bei den Polen und Socialdemokraten.) Es ist eine bekannte Taktik der Polen, jedesmal, wenn sie einen Spahn gegen die preussische Regierung haben, ihre Beschwerden alsbald im Reichstage und im preussischen Landtage in Form von Interpellationen vorzubringen. In diesem Falle glauben die Polen in einer preussischen Angelegenheit im Reichstage ein dankbarer Auditorium zu haben als im Landtage. Das geht aus einem in einem polnischen Blatte veröffentlichten Schreiben des Herrn Sieglismund v. Dziembowski klar hervor. Die Herren Polen haben mit ihrer Interpellation geantwortet, bis sich gewisse ausländische Vor-gänge damit in Verbindung bringen ließen, damit auf diese Weise wenigstens eine Antwort vom Reichstanzler erzwungen werden konnte. Um aber die heute vom Reichstanzler erteilte Antwort, die das Ansehen des Reiches in trefflicher Weise wahrte, zu erhalten, dazu be-durfte es nicht dieser nach so langen Vermählungen so stunde gekommenen Interpellation. Wenn ein Haufe von zusammengerotteten Adabridern (Lebhafte Oh!-Rufe im Centrum und bei den Polen.) — Warten Sie doch ab! Nur nicht so hitzig! (Heiterkeit.) — Wenn ein Haufe von Adabridern in Lemberg und Krakau Fenster einschmeißt und die Wappen der deutschen Konsulate zerstört, so ist das keineswegs geeignet, das Ansehen des Deutschen Reiches irgendwie zu schädigen.

Abg. Roeren hat die Kinder in Breschen in rührender Weise verteidigt. Auch ich bedaure die Kinder, die in einen Konflikt zwischen Elternliebe und Gehorsam gegen den Lehrer gekehrt waren, aber gegen derartige Angriffe auf die Lehrer, gegen diese Zusammen-rottungen, die schließlich in Landfriedensbruch ausarteten, mußten strenge Strafen einwirken. Die Renitenz der Kinder (Zuruf des Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian) — bitte, verehrter Gönner, wir sind hier nicht im Gerichts-saal (Heiterkeit) — die Renitenz der Kinder erforderte die Schulstrafe, die aber unmittelbar auf das Delikt hätte folgen müssen, um wirksam zu sein. Ich bedaure besonders, daß diese Leute in Breschen allein bestraft worden sind und nicht auch diejenigen, die die Leute in diese Stimmungen hineingehert haben. (Zuruf: Die Halastischen! Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wie froh wäre die rufenisch-deutsche Bevölkerung in Galizien, wenn sie von den Polen so behandelt würden, wie die Polen seitens der preussischen Regierung. In Galizien werden alle deutsch-ruthenischen Schulen von den herrschenden Polen unterdrückt, die deutsche Sprache als eine Sprache der Schöpsse bezeichnet (Heiterkeit), eine oppositionelle Bewegung ist dort unmöglich. Wenn aber in unren rufenisch-deutschen Bezirken irgend ein Uebergriff bei den Wahlen erfolgt, wird die Wahl laffert. (Lebhafte Widerspruch bei den Polen und Socialdemokraten.) Das Rationalitätsgefühl der Polen ist so kolossal entwickelt, daß sie sich nicht einmal mehr mit den Socialdemokraten vertragen können. (Abg. Ledebour: Familienangelegenheiten!) Selbst Herr Ledebour konnte sie auf dem Liberer Parteitag nicht mehr so wie sonst verteidigen. Herr Pannluch stellte in seinem Schlusswort fol-gendes fest: Ein Pole Dulong bestreit ihm gegenüber, deutsch zu ver-sprechen. Als Herr Pannluch aber dem Mann erklärte, er habe ihn ja selbst schon deutsch reden hören, stellte es sich heraus, daß Dulong ganz gut deutsch konnte. (Hört! hört!) sagt der Liberer Parteitag dazu. (Heiterkeit.) — Also selbst mit einer Partei, die so wenig das nationale Interesse in den Vordergrund stellt, können die Polen sich stellen.

Bei der Wahl in Duisburg-Mülheim verweigerten die Polen sogar dem Centrum die Heerfolge. Es sind seitens polnischer Agitatoren die Ausdrücke gefallen: „Die deutschen Katholiken sind die schlimmsten Hunde; man sollte sie an einen Baum hängen und ihnen den Bauch ausschlitzen.“ Die Herren im Westen hören von allen diesen Dingen nichts; die deutschen Katholiken im Osten aber sind immer mehr geneigt, die Bestrebungen des Galizienvereins anzuerkennen und zu unterstützen. Die katholisch-polnische Geistlichkeit hat sich stets für verpflichtet gehalten, die Säule und die Säule polnisch-nationaler Bestrebungen zu sein. Wenn das Centrum die maßgebende nationale Partei in Deutschland sein will, so muß es auch der nationalen Frage im Osten näher treten. Wir werden die Wacht an der Warthe ebenso zu verteidigen wissen, wie die Wacht am Rhein!

Abg. Roeren hat behauptet, in den Anstiftungs-kommissionen Posens seien keine Katholiken sondern nur Protestanten tätig. Er hat mich dafür zum Zeugen angerufen; ich kenne gerade im Gegen-teile eine Anstiftungskommission, die nur mit Katholiken besetzt ist. Ich erachte die Einrichtung der Anstiftungskommissionen für eine in nationalem und wirtschaftlichem Sinne durchaus wohlführende und notwendige Maßnahme und habe auch die Anstiftung katholischer Wessalen in Polen und Westpreußen freudig begrüßt. Nur wer sich die Augen verbindet mit schwarzen Binden (Lachen im Centrum.) kann die Segnungen verkennen.

Ich bin mit der jetzigen Politik der Regierung einverstanden. Leider waren es gerade die früheren Schwankungen und Inkonsistenzen der Regierung, die die polnische Propaganda groß gezogen haben. Meine Freunde halten es für eine Pflicht ihres Patrio-tismus, in allen Fragen, wo es sich um den Schutz der Un-abhängigkeit unsrer inneren Politik handelt, die Regierung zu unter-stützen; wir halten es aber auch für unsre Pflicht, den Schutz der deutschen Katholiken gegen die polonisierende Thätigkeit der pol-nischen Geistlichkeit zu übernehmen, auch wenn wir nicht auf dem-selben konfessionellen Boden mit ihnen stehen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Rationalliberalen.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Der Apotheken-Boykott.

Die Krankenkassen-Vorstände hielten am Montag in der Berliner Ressource eine Versammlung ab, in der Herr Dr. E. Freund den Bericht über den Stand des Apotheken-Boykotts berichtete. Der Referent erörterte zunächst die Verfügung des Ober-präsidenten, durch die der Boykott bei der Allgemeinen Orts-Kranken-lasse und bei der Orts-Krankenkasse der Kaufleute aufgehoben werden soll. Die Verfügung des Oberpräsidenten stützt sich auf den § 56 a des Krankenversicherungs-Gesetzes, wonach auf Antrag von mindestens dreißig beteiligten Versicherten und nach Anhörung der Kasse und der Aufsichtsbehörde die höhere Verwaltungsbehörde eine Ver-mehrung der Zahl der zugelassenen Ärzte, Apotheken und Kranken-häuser verfügen kann. Die Voraussetzung für die Verfügung war dadurch gegeben, daß sich von den in Betracht kommenden Kassen je-etwas über 30 Personen, das sind etwa 1/3 Proz. pro 1000 Mitglieder bei dem Oberpräsidenten beschwerten und zwar zweifellos nur auf Betreiben der Apotheker. Die Beschwerden bezog die betreffenden Anträge wurden bei einer Firma im Hause der boykottierten Elefant-Apothek, Leipzigerstr. 72, hergeleitet und vervielfältigt und die notwendige Anzahl Beschwärer zusammengeführt. Bei der Beratung über die Robelle zum Krankenversicherungs-Gesetz wurden verschiedentlich sehr gerechtfertigte Bedenken gegen den § 56 a erhoben und insbesondere auch von dem damaligen Abgeordneten, jetzigen Handelsminister Wölfer diese Bestimmung kritisiert und eine Fassung verlangt, daß von derartigen Anträgen mindestens 10 Proz. der Kassenglieder erforderlich wären.

Die beiden in Betracht kommenden Kassen sind nun, die eine beim Minister, die andere beim Oberpräsidenten vorstellig geworden. Trotzdem die in der Verfügung festgesetzte Zeit bei der Orts-Krankenkasse der Kaufleute am Sonnabend abgelaufen war, ist der Boykott noch nicht aufgehoben und wurden die vom Apotheker Präuß präsentierten Recepte zurückgewiesen. Die Vorstellungen der Kassen hatten bereits insofern einen Er-folg, als nun selbst der Oberpräsident für Einigungen v-erhandlungen eintritt und auch die Apotheker über seine An-sichten verständigt hat. Für diese Verhandlungen ist eine besondere

Kommission in Aussicht genommen, in der außer den direkt (durch die Verfügung) beteiligten Kassen alle Kassentypen, sowie ein Ver-trauensarzt und ein Receptrevisor durch Arbeitgeber und Arbeit-nehmer und Verwaltungsbeamte vertreten sind. Ob aber diese Kommission überhaupt in Funktion tritt, erscheint noch sehr fraglich, denn auch die Apotheker haben es jetzt sehr eilig und auf ihre Ver-anlassung ist bereits zum Donnerstag, den 12. Dezember, die Fortsetzung der früheren Einigungs-verhandlungen unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors von Schulz anberaumt worden. Die Vorschläge, die von den ver-einigten Apothekern nunmehr gemacht werden, sind im wesentlichen folgende: Revision und Erweiterung der Handverkaufsliste; für die, für den Verkehr frei-gegebenen Mittel Festsetzung derjenigen Preise, wie sie bei Droguisten üblich sind und fünf Pro-zent Skonto (Verzinsung bezw. Rabatt) auf die Gesamt-summe des Arzneibezeuges.

Interessant hierbei ist u. a., daß die Apotheker nun plötzlich die freigegebenen Arzneimittel zu denselben Preisen liefern wie die Droguisten, trotzdem sie vordem immer erklärt haben, daß die Droguisten für diese Preise keine gute Ware liefern und liefern können. Nachdem die Kassen mit den Droguisten die Vereinbarungen getroffen, müssen die gegebenen Versprechungen auch gehalten werden und die Kassen haben unter Berücksichtigung ihrer Interessen auch alle Ursache, die Beziehungen mit Droguisten im vollen Umfange ausrecht zu erhalten. Die neue Ministerialverordnung, die eine Anzahl sehr gebräuchlicher Mittel für den Verkehr freigibt und da-mit die Rechte der Droguisten erweitert, kommt dadurch ebenfalls den Kassen zu Gute. Die 6 Proz. Skonto bedeuten nach der unzutreffen-deren Berechnung der Apotheker, wobei Receptur und Handverkauf zu je 50 Proz. des Arzneiverbrauchs angenommen ist, 10 Proz. Receptur-rabatt. Thatsächlich kamen aber vor dem Boykott 1/3 auf Receptur und nur 1/3 auf Handverkauf und während des Boykotts beträgt die Receptur etwa 80 und die in Betracht kommenden Handverkaufs-mittel nur noch ca. 20 Prozent, so daß die zugebilligten 6 Prozent Skonto nur einem Recepturrabatt von 6,2 Prozent gleichläme. Unter solchen Bedingungen geht, nachdem der Kampf so lange gedauert, einen Frieden zu schließen, läme man den Kassen wirklich nicht zumuten. Auch wenn die Verfügung des Ober-präsidenten im vollen Umfange in Kraft treten würde, so würde dies den Apothekern herzlich wenig nützen. Bei der Einmütigkeit, die in diesem Kampfe nicht nur unter den Kassen-Verwaltungen, sondern auch bei den Kassengliedern herrscht, würde die Ver-fügung immer nur ein unbefruchtetes Blatt Papier bleiben, zumal dann eine sehr intensive Agitation durch Flugblätter, Ver-sammlungen usw. entfaltet werden wird, um die nicht versicherte Bevölkerung noch in höherem Maße als bisher für den Boykott zu gewinnen.

Die Hofapotheke in Potsdam hat bisher an die Berliner und Vorortskassen für über 6000 M. Ware im Großen geliefert und haben die Kassen dadurch eine direkte Ersparnis von über 3000 M. in dieser kurzen Zeit zu verzeichnen. Wenn nun noch die in Aus-sicht genommenen Mittel Droguisten und Chinastoffen in derselben Weise wie die bisherigen bezogen werden, so bedeutet dies für die Kassen eine Minderausgabe von ca. 50 000 M. pro Jahr und entspricht diese Summe allein schon einem Recepturrabatt von über 5 Prozent. Hinzu kommt der billigere Bezug der Arzneimittel aus den Droguenhandlungen und die sonstigen geplanten Neueinrichtungen, die noch weitere Vorteile realisieren. Es kann demnach gar keine Rede davon sein, daß die Kassen ihre jetzt so günstige Position auf-geben für ein Einfengericht, das ihnen in Form der erwähnten Vergleichs-Vorschläge von den Apothekern geboten wird. Dieser Standpunkt sollte von der Verwaltung einmütig vertreten und die Ausföhrungen des Referenten mit lebhaftem Beifall auf-genommen.

In der Diskussion wurde noch mitgeteilt, daß gegen die Vorliegenden der Krankenkasse der Buchdrucker und der Kaufleute ein Strafverfahren wegen unbefugter Abgabe von Arzneimitteln an-hängig gemacht worden ist. Es handelt sich hier-bei um die seit mehreren Wochen bestehende Einrichtung, wie sie bei fast allen Kassen getroffen ist, daß drei bestimmte Arzneimittel im Großen von einer Apotheke bezogen und von den Kassen auf Verordnung des Arztes direkt an die Kassenglieder abgegeben werden. Es ist ja nach den bei früheren ähn-lichen Fällen gefällten Entscheidungen nicht anzunehmen, daß eine Verurteilung eintritt. Trotzdem sind auch für diesen Fall schon ge-eignete Vorkehrungen in Aussicht genommen, um eventuell eine Veränderung in der Form des Arzneibezeuges zu ermöglichen.

Eine lebhafte Diskussion zeitigte noch die von den Wanda-gisten zum 1. Januar geplante Preiserhöhung. Die erhebliche Preiserhöhung wird von den Wandagisten namentlich mit der Steigerung der Löhne begründet. In den den Kassen zu-gesandten Circularen sind aber vielfach auch solche Firmen unter-zeichnet, welche die Forderungen der Arbeiter gänzlich abgelehnt haben und solche, die überhaupt keine Gehilfen beschäftigen. Nach einer längeren Diskussion, in der auch von mehreren Rednern aus-gesprochen wurde, daß verschiedene Firmen geradezu horrend Preise für einzelne Artikel von den Kassen fordern und an Private billiger liefern, wurde den Kassenvorständen anheim gegeben, die geforderte Preiserhöhung abzulehnen und die Wandagisten zu weiteren Ver-handlungen an die Centralkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte zu verweisen.

In der Verwaltung waren vertreten 96 Orts-, 5 Betriebs-, 4 Junungs-, 25 Hilfs-, 4 Vororts-Kassen, insgesamt 74 Kranken-lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerst- tag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Stud. R. Rein. Prämiere. Ihre Frage, ob Aussteller die ihnen zuerkannten Medaillen re. besitzen müssen, läßt sich dahin beantworten, daß dies auf den sogenannten weißen Ausstellungen, wo es wohl auch die von Ihnen angeführte zu zählen sein wird, allerdings der Fall ist.

Wilmannstr. 4. „Deutsche Topographia.“ Redacteur: R. Händrich (Hirsch-Wiedikon, Centralstr. 24, III. Expedition: Buchdruckerei des Schweizerischen Topographenbundes, Basel, Feldschmiedstr. 34. — Wiener Wortschatz.“ Redaktion und Administration: Wien VII., Rariaquai-straße 76, 3. Hof. part.

H. R. 36. Es ist eine nähere Angabe der Papiere nötig. Uebrigens erhalten Sie bei jedem Briefler bereitwillig Auskunft.

H. C. Eine Fahrt 4. Klasse nach Hamburg kostet 5,50 M., eine Rückfahrkarte 3. Klasse 16,40 M.

2749. W. S. Die Konfession würde Ihnen erteilt werden. — **G. R. 81.** Eine besondere Kündigung der Ration ist nicht erforderlich. — **G. W. 26.** Volljährig oder großjährig oder majorenon bedeutet dasselbe. Die Großjährigkeit tritt mit vollendetem 21. Lebensjahr, gleichviel, ob es sich um männliche oder um weibliche Personen handelt, ein. Um am 25. December 1880 geborenen Mädchen wird also mit Ablauf des 24. December 1901 großjährig. — **Gr. R. 32.** Sie schreiben an das Amtsgericht ihres Wohnortes; ich will aus der Kirche austreten und be-geben sich in der Zeit zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags auf das Amts-gericht und erklären dort zu gerichtlicher Protokoll, daß Sie austreten wollen. — **Einig.** Solch Einigens gibt es nicht. — **R. R. Rein.**

— 010. Oranienstr. 1. J. a. 2. Die Kinder sind den Eltern gegen-über unterhaltspflichtig, wenn diese unterhaltungsbedürftig sind und die Kinder ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie erforderlichen handesmäßigen Unterhalts die Unterhaltspflicht erfüllen können. — **H. R.** Sie stum am besten, sich an Ihre Gewerkschaft zu wenden und durch diese den Aufwand darlegen zu lassen. — **J. R. 26.** 1. Ihr Verbot bis 900 M. oder mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr ist sofortige Brand-gefahr droht. 2. Verurteilung in Abwesenheit gibt es in solchem Fall nicht. Ihre Frau soll unter Ueberreichung des Urtheils eine Habeame oder eines Arztes Verlegung des Termins beantragen. 3. Dem Antrage auf Bestellung eines Officialverleibers kann stattgegeben werden. — **H. Rein.**

H. 10. Die Wechselforderung gegen den Acceptanten verläßt in drei Jahren vom Verfalltage des Wechsels ab gerechnet, die Regrehanprüche des Indossars gegen die Giranten und den Aussteller verläßt bei einem in Deutschland zahlbaren Wechsel in 3 Monaten vom Tage des Protheses ab gerechnet. — **Zustimmung Wittenberge.** Ueber wäre eine Wechselrede ausständig. § 33 der Gewerbe-Ordnung ist maßgebend. — **H. G. Wreldan.** Hausindustrielle sind versicherungspflichtig, wenn die Versicherungs-

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wähler des 32. Kommunal-Wahlbezirks, macht Mann für Mann am heutigen Tage von Eurem Wahlrecht Gebrauch. Keiner darf zurückbleiben! Je größer die Stimmzahl, desto glänzender der Sieg. Socialdemokratischer Kandidat ist der Redacteur Carl Leib.

Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr findet die General-Versammlung im „Eiseller“, Chausseest. 88, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes sowie der Mitglieder für die Presb., Lokal- und Agitationkommission, ferner der Zeitungsrevisoren. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erbitet Der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Mittwochabend, findet nochmals eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Hoppe, Werseburgerstr. 7 oder bei Hauser, Sedanstr. 31.

Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Obst, Reiningerstr. 8: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung. Referent: Fritz Jubeil.

Ober-Schöneberg. Heute, Mittwoch, Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht: „Wahl eines Vertrauensmannes.“ Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Lokales.

Der Weihnachtsmarkt.

Er ist wieder da, der Berliner Weihnachtsmarkt! Seit zehn Jahren schon wird ihm Jahr für Jahr prophezeit, daß die Händler diesmal ganz gewiß zum allerletztenmal ihre leichten Euden aufgeschlagen haben werden. Und in jedem nächsten Jahre erscheint er aufs neue und macht die Weisagung zu Schanden.

Die Kenner des alten Berliner Weihnachtsmarktes wollen freilich von dem, was sich heute Weihnachtsmarkt nennt, nicht mehr viel sehen und hören. Seitdem die bunte Eudenstadt aus Grünänden, die niemals recht klar geworden sind, aus der vornehmen Nähe des königlichen Schlosses in die „ordinären“ Kuhenviertel hinabvertrieben worden ist, hat sie die Anziehungskraft, die sie einst besessen hatte, fast gänzlich eingebüßt. Wer wird noch in die Vorstadt hinausfahren, um den Weihnachtsmarkt zu sehen! Ueberdies haben die fliegenden Händler, die ehemals den Berliner Weihnachtsmarkt belebten und hier den heiteren Grundton angaben, den Auszug in die Vorstädte nur zum Teil mitgemacht. Die meisten sind dem Weihnachtsmarkt, auf dem sie nun kein lohnendes Geschäft mehr machen konnten, untreu geworden und haben sich über die ganze Stadt zerstreut. Für diese ehemalige Besucher hat der Weihnachtsmarkt damit seinen Hauptreiz verloren.

Diejenigen Händler des Weihnachtsmarktes, die ihre eigene Eude haben und daher einen festen Stand einnehmen müssen, hatten es weniger bequem. Sie haben sich dem Ausweisungsbefehl wohl oder übel fügen und den Umzug in die Vorstädte, wenn sie nicht gänzlich auf das Weihnachtsgeschäft verzichten wollten, riskieren müssen. Nun versuchen sie es da brauchen Jahr für Jahr immer noch einmal mit dem Weihnachtsmarkt, aber jedesmal, wenn Weihnachten um ist, machen sie ihre Euden mit einem Seufzer zu, weil der Gewinn wieder weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben ist. Was wird ihnen in diesem Jahre der Weihnachtsmarkt bringen? Die wirtschaftliche Krise, die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit und die allgemeine Schwächung der Kaufkraft weiter Kreise der Bevölkerung versprechen kein gutes Weihnachtsgeschäft. Wo sollen die Käufer herkommen, wenn kein Pfennig Geld hat!

Ob es die fliegenden Händler, die in den Straßen der inneren Stadt ihrem Verdienst nachgehen, diesmal viel besser haben werden als die Eudenbesitzer, die draußen in den Arbeiterdörfern auf dem Weihnachtsmarkt ansharren müssen und auf Käufer warten? Auch auf diesem „fliegenden Weihnachtsmarkt“, der sich in den Wochen vor Weihnachten in den großen Verkehrsstraßen entwickelt, dürften die Folgen der wirtschaftlichen Krise recht empfindlich zu spüren sein. Hier äußert sich die Arbeitslosigkeit sogar in doppelter und doppelt unangenehmer Weise. Sie verringert die Zahl der Käufer und sie vermehrt gleichzeitig die Zahl der Händler; denn der Straßenhandel ist doch nun einmal die letzte Zuflucht des Arbeitslosen. Da wird es diesmal mit Weihnachtsmärkten auf der Straße wohl nicht viel zu verdienen geben!

Wo sollen die Käufer herkommen? fragen und klagen auch die festhaften Geschäftsleute, die ihre teuren Läden zu bezahlen haben und auf die Konkurrenz der Straßenhändler scheitern. Nicht wenige von ihnen setzen auf das Weihnachtsgeschäft ihre letzte Hoffnung. Auch ihnen dürfte Weihnachten diesmal manche recht bittere Enttäuschung bringen.

Die Niederlegung des Scheunenviertels, die zur Weiterführung der Kaiser-Wilhelmstraße nach dem Krausfeldschen Projekt erforderlich ist, ist vor nun bereits einem Jahre von der Stadtverordneten-Versammlung grundsätzlich beschlossen worden. Die „Vossische Zeitung“ weist darauf hin, daß die Ausführung dieses Planes bisher verzögert worden ist, weil die Staatsregierung die Frage der Verfestigung des Scheunenviertels „mit der Wohnungsfrage verquickt“. Der Magistrat hatte bald nach jenem Beschluß Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten eingeleitet, um die königliche Genehmigung zur Festlegung der neuen Grundlinien und der Erteilung des Enteignungsrechts herbeizuführen. Das Polizeipräsidentium hatte aber dem Magistrat schon unterm 25. März mitgeteilt, die Gewährung des Enteignungsrechtes werde voraussichtlich an die Bedingung geknüpft werden, daß die Stadtgemeinde eine ausreichende Möglichkeit zur Unterbringung derjenigen Personenzahl schafft, welche bisher im Scheunenviertel Wohnung gehabt hat. In einem Schreiben des Polizeipräsidenten vom 27. November ist diese Forderung unter Bezugnahme auf eine kommissarische Verhandlung im Handels-Ministerium dahin formuliert worden, daß „der Magistrat den Nachweis führt, durch welche Maßnahmen er für die Unterbringung einer entsprechend großen Zahl von Personen Sorge getragen hat“. Die „Voss. Ztg.“ erklärt, die Beschäftigungen des Polizeipräsidentiums, daß das ganze Scheunenviertel gleichzeitig niedergehauen werden solle und die jetzt im Scheunenviertel wohnenden über 7000 Personen mit einem Schläge obdachlos werden könnten, sei unbegründet. Die städtischen Behörden könnten dem Polizeipräsidenten „mit bestem Gewissen die Versicherung geben, daß die berühmte Devise des ersten Kaisers „Gute mit Weile“ auch bei ihnen feststehende Observanz ist und sie gar keinen Anlaß haben, von dem langsamsten Tempo abzuweichen“. Das trifft ja nun allerdings zu, sogar nicht bloß für den Plan der Niederlegung des Scheunenviertels, sondern auch für manche andere Pläne, bei deren Ausführung eine „Abweichung von dem langsamsten Tempo“ ganz erwünscht wäre. Die Gefahr, daß durch die Verfestigung des Scheunenviertels die Wohnungsnot noch ver-

schärft wird, ist aber in dem gegenwärtigen Augenblick und voraussichtlich noch auf Jahre hinaus selbst bei dem „langsamsten Tempo“, das bei den städtischen Behörden „feststehende Observanz“ ist, nicht ganz ausgeschlossen. Wichtiger als die Frage, ob die Staatsbehörde formell das Recht hat, Bedingungen dieser Art zu stellen, erscheint uns daher die andre Frage, ob sie sachlich im Recht ist. Diese zweite Frage muß leider bejaht werden. Wenn die Polizei, wie die „Voss. Ztg.“ vermutet, mit jener Bedingung eine „Einwirkung auf die Wohnungsfrage im allgemeinen“ beabsichtigt, so fehlt es ihr ja leider nicht an Gründen, die sie dafür anführen kann. Schlimm genug, daß wieder einmal die Staatsbehörden kommen müssen und die städtischen Behörden daran erinnern müssen, was sie zur Linderung der Wohnungsnot oder zur Verhütung einer Verschärfung derselben zu thun haben. Diese freikommigen „Güter der Selbstverwaltung“ scheinen gar nicht zu merken, welche wenig beneidenswerte Rolle sie spielen, wenn sie sich in dieser Weise erst mit der Nase auf ihre Pflichten stoßen lassen müssen — und das von Leuten, die sich sonst jedermann, wo es irgend geht, am liebsten gegen Schritt vom Leibe hält!

Neue Einigungsverhandlungen in Sachen des Apothekenboikotts finden Donnerstagabend 8 Uhr unter dem Vorsitz des Gemeinderichters v. Schulz im Bürgeraal des Rathhauses statt, also nicht, wie früher im Saal 100. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Gymnasien als Posthilfskräfte! Nicht die Ober-Postdirektion sondern nur ein Charlottenburger Postvorsteher soll es gewesen sein, der an den Direktor des Charlottenburger Reformgymnasiums das Ersuchen richtete, die Post bei der Anwerbung von Gymnasiasten zum Jahres-Hilfsdienst zu unterstützen. Die Nachricht wird verbreitet vom „Berliner Tageblatt“, sie bedarf also noch sehr der Bestätigung. Im übrigen muß das „Berliner Tageblatt“ gleichzeitig zugeben, daß in früheren Jahren tatsächlich ältere Schüler höherer Lehranstalten als Rekruten-Hilfskräfte in einigen Postämtern thätig gewesen sind. Für dieses Jahr sei bestimmt worden, keine Schüler anzunehmen. Das an das Charlottenburger Reformgymnasium gerichtete Ersuchen eines hiervon noch nicht unterrichtet gewesenen Postvorstehers sei inzwischen wieder zurückgenommen worden.

Daß ein Künstler den hohen Mut hat, sich gegen die „Wohne“ des Herrn Scherl zu empören, sollte man nicht für möglich halten. Und doch ist dieser Fall thatsächlich in Berlin vorgekommen. Herr Franz Schönfeld, so erzählt der „Berliner Brief-Courier“, ließ am Donnerstag durch einen Rechtsanwalt eine Klage gegen seinen Chef, den Leiter des Lessing-Theaters, Direktor Reumann-Hofer, einreichen. Interessanter als die Thatsache selbst ist der Anlaß. Es handelt sich um Feststellung der Thatsache, ob ein Bühnenmitglied verpflichtet ist, sich — photographieren zu lassen! Vor kurzem sollten die Mitglieder des Lessing-Theaters nach einer Probe auf der Bühne zurückerblicken, um sich in einigen Szenen des probierten Stückes für ein illustriertes Wochenblatt photographieren zu lassen. Herr Schönfeld war nicht geneigt, sich dem Photographieren zu widmen, er verließ die Bühne und das Theater. Am andern Tage bekam er den üblichen Strafzetteln, durch den ihm eine Strafe von zwanzig Mark zubilligt wurde. Herr Schönfeld ist nicht der Meinung, daß sein Vertrag ihn verpflichte, sich nach dem Belieben der Direktion photographieren zu lassen. Er bedenkt diese Frage der richterlichen Entscheidung zu unterbreiten, und diese Entscheidung will auch Direktor Reumann-Hofer herbeigeführt wissen. So ist denn von einer angeblich gewesenen Verständigung in beiderseitigem Einvernehmen Abstand genommen worden. Ohne daß deshalb irgend welche Entzweiung zwischen Direktor und Mitglied eingetreten wäre, ist die Klage des Herrn Schönfeld um Jurisdiktion der Strafverfügung und Anerkennung seines Rechtes, sich dem Objectiv des Photographieren zu entziehen, eingereicht worden.

Der Inselfischer an der Fischerbrücke, den die Stadt angulpen beabsichtigt, soll, wenn die Stadtverordneten zustimmen, abgerissen werden. Das freizuerwerbende Gelände soll dann zu Hafenzwecken, als Kai für Personendampfer usw., benutzt werden. Im Zusammenhang hiermit steht der Plan, auf der Spree und den Kanälen innerhalb der Stadt einen Personendampfer einzurichten.

Aus der Verbrechertwelt. Eine gefährliche Bande, der noch den bisherigen Ermittlungen 108 Einbrüche und Diebstähle zur Last fallen, trieb längere Zeit in allen Stadtteilen ihr Unwesen. Ihr Haupt und Anführer war der vielfach vorbestrafte frühere Arbeiter Wilhelm Röser, in der Verbrechertwelt Ninaldo Ninaldini genannt, da er es immer verstand, in kurzer Zeit eine Bande um sich zu sammeln, sobald er nur das Zuchthaus verlassen hatte. Seine letzte Gesellschaft bestand aus mehreren Abteilungen, die teils gemeinsam, teils auch für sich allein arbeiteten. Am engsten waren mit Ninaldo Ninaldini vier „schwere Jungen“ verbunden, die „Arbeiter“ Ernst Pittas, Richard Kaiser, Karl Wald und Ernst Welcher, alles Leute, die sich, wie auch Röser, angeblich ohne Wohnung in Berlin aufhielten, in der That aber bei ihren Geliebten wohnten. Sobald Röser eine gute Gelegenheit ausbaldowert hatte, betraf er seine Spießgesellen zu einer Beratung bald hierher, bald dort hin, und nachdem der Plan in allen Einzelheiten festgelegt war, schritt man zur Ausführung. So führte Röser mit den vier genannten Verbrechern allein 22 Einbrüche in Warenhäusern, andren Geschäften und Wohnungen aus. Zu Plünderungen von Werkstätten, Keller-Verstecken und dergleichen dienten ihm als Helfer ein Schlosser Hermann Köhn und ein Klempner Wilhelm Kolbe, die auf diesem Gebiete besondere Uebung und Erfahrung besaßen, häufig auch selbständig vorgehen und mit Röser durch den kürzlich festgenommenen „schönen Hans“, der jetzt als ein ehemaliger Handlungsgeselle Johann Hahn erkannt ist, Fählung genommen hatten. Die dritte Abteilung der Bande, die vornehmlich Einbrüche bei Pfandleihern betrieb, bildeten drei junge Burschen, der 18jährige Bildhauerlehrling Max Zimmerl, der 19 Jahre alte Schlosserlehrling Wilhelm Brachstätter und der Arbeitsbursche Bruno Voigt, der auch erst 18 Jahre zählte. Im Gegensatz zu den meisten andren Einbrechern war es bei Röser und seinen Diebesgenossen Grundsatz, die Beute sofort zu jedem Preise wieder loszuschlagen und nicht erst lange zu lagern, um bessere Preise zu erzielen. Das nutzten natürlich die Hehler wieder aus, indem sie möglichst wenig gaben, besonders der Hauptabnehmer, ein gut gestellter Kettenfabrikant und Eigentümer Robert Dietrich. Beihilflich waren den Einbrechern beim Abzug die Franzosenzimmer, bei denen sie wohnten. Wenn die Beute gut war, so lebte man auch gut, alles wurde verbuddelt, und oft diente dann ein neuer Einbruch zur Heranschaffung des aller-nötigsten Lebensunterhaltes. Als bei einem Einbruch Pittas erwischt wurde, während die Helfershelfer entkamen, brach die Klotzstrophe herein. Die Kriminalpolizei ergriff nun einen Verbrecher nach dem andren, und jetzt sieht die ganze Bande mit dem Anführer Röser und dem Hehler Dietrich hinter Schloß und Riegel. Die Verbrecher räumen alles ein, nur ihre Geliebten verraten sie nicht.

Ueber die Zukunft des Berliner Verkehrs sprach vorgestern Regierungsbauamteschef Schaar in einer Versammlung des Bezirksvereins Moabit. Der Redner machte die interessante Mitteilung, daß im Eisenbahnministerium vor kurzem der Plan aufgetaucht sei, die Berliner Stadtbahn durch Anlage einer S-Bahn über den Gleisen der jetzigen Stadt- und Ringbahn zu ersetzen. Die Durchführung dieses Projektes sei nur eine Frage der Zeit, da die weitere Entwicklung des Berliner Verkehrs einen Ausbau der Stadt- und Ringbahn in irgend einer Art unumgänglich machen würde.

Ein Sittenbold. Der Chefredacteur der Düsseldorfener Zeitung „Der Artist“, Herr Otto, der wegen seiner Verkämpfung der Barricaden in den weitesten Kreisen von sich reden machte, und noch in jüngster

Zeit sich veranlaßt sah, gegen die „lebenden Bilder“ des Herrn de Wey im „Artist“ zu protestieren, soll dem Verlag des „Artist“, wie das „Al. Journ.“ erfahren haben will, 20 000 Mark unterschlagen haben. Otto sei flüchtig und soll sich nach dem Haag gewendet haben.

Im Straßenverkehr ist Montagabend der 52 Jahre alte Tischler und Förstner Reinhold Schönrod aus der Lüderstraße 5 schwer verunglückt. Schönrod hatte in der Augsburgerstraße gearbeitet. Als er dort nach Feierabend auf dem Heimwege zwischen zwei Strömwagen hindurch den Fahrdamm überqueren wollte, traf ihn die Deichsel des letzten Wagens und stieß ihn gegen den ersten. Der Verunglückte erlitt schwere Quetschungen an der Wirbelsäule und den Rippen. Er wurde von der Unfallstation zunächst nach seiner Wohnung gebracht. Dort verschlimmerte sich aber sein Zustand so sehr, daß man ihn nach gestern Abend mit einem Ländchen Rettungswagen nach der Charité bringen mußte.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Mithilfe der Bevölkerung zur Feststellung der Urheber von mutwilligen Alarmierungen der Feuerwehre hat in einem Fall schon geholfen. In der Nacht zu gestern um 4 Uhr gelang es, den Dreher Ernst Geißler auf frischer That bei einer unnötigen Feuermeldung zu erwischen. Das Publikum gab in fühlbarer Weise dem Geißler zu erkennen, daß es solchen Sport entschieden verurteilt. Geißler hatte den Feuermelder am Straußbergerplatz gezogen, wurde bis zur Ankunft der Feuerwehre festgehalten und dann der Polizei übergeben.

2700 Mark in Silbermünzen sind dem Vierfährer Karl Ruman aus der Dragonerstr. 82, der seit 11 Jahren im Münchener Braubaus beschäftigt ist, am Sonnabendmorgen zwischen 6 und 6 1/2 Uhr auf dem Wege von An der Stadtbahn 41 bis Rene Friedrichstraße 99 verloren gegangen. Es war Wechselgeld für die Kunden, das in einem Leinwandbeutel aus dem schlecht verschlossenen Wagenskasten herausgefallen ist. Die Rollen sind „Münchener Braubaus“ gezeichnet. Dem Wiederbringer giebt Ruman 400 Mark Belohnung.

Feuerbericht. Dienstag früh stand auf freiem Felde in der Seestraße eine Laube in Flammen. Vorher wurde die Wehr böswillig nach der Straußbergstraße alarmiert. Montagabend brannten im Ostbahnhof 12 Möbel und Kleider, Seuffelstr. 28. Vallenlage und Schaldecke und Riederwallstr. 25 Lumpen. Ein sinkender Kahn veranlaßte einen Alarm nach dem Humboldthafen. Er war led geworden, und hatte die Wehr längere Zeit zu thun, um das eingedrungene Wasser auszupumpen und das Led wieder zu dichten. Kleiner Brande wurden außerdem noch von der Taubenstr. 10 und Köstzigstr. 21 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der Stadtverordneten-Sitzung am Montag beschäftigte man sich zunächst mit einem Antrage des Magistrats, zum 1. April nächsten Jahres eine neue, und zwar die fünfte, Schularzt-Stelle zu errichten. Der Antrag wurde angenommen. Ein Antrag auf Gehaltserhöhung der Schularzte wurde jedoch gegen den Widerspruch unserer Parteigenossen erst einem Ausschuss überwiesen. Die Nacht für den Ratsteller ist dem jetzigen Pächter von 4800 M. auf 7000 M. erhöht worden.

Rummelsburg. Einem wichtigen pädagogischen Fortschritt hat die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung zugestimmt. Der Schulvorstand hatte die Schaffung von zwei neuen Lehrstellen beantragt, damit eine besondere Klasse für minderbegabte und zurückgebliebene Schüler eingerichtet werden könne. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In diesem erfreulichen Beschluß trug wohl vornehmlich der Umstand bei, daß aus Anlaß der Bebauung des Voglagener Ortsteils zum April ein starker Zustrom von Schülern zu erwarten steht und eine Vermehrung der Lehrkräfte ohnedies notwendig geworden wäre.

Gerichts-Beilage.

Wegen barbarischer Mißhandlung ihrer siebenjährigen Tochter Agnes war die Arbeiter-Ehefrau Marie Reumann vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. In der geistigen Verhandlung vor der sechsten Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I hatte der Verteidiger Rechtsanwält Liebknecht einen umfangreichen Entlastungsbeweis dafür angetreten, daß die erfolgte Verurteilung nicht gerechtfertigt sei. Die Belastungszeugen blieben bei ihren früheren Aussagen und gaben eine Schilderung von den Mißhandlungen, denen das Kind angesetzt gewesen, daß verschiedene weibliche Personen im Zuhörerraum Thränen vergossen. Es wurde bekundet, daß die Angeklagte einmal zwei Stunden lang ununterbrochen auf das Kind eingeschlagen habe. Der Polizeileutnant, der es dann untersuchte, fand es in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Arme, Rücken und Gesicht desselben schillerten in allen Farben und waren demnach mit Strichen bedeckt, das es kaum eine freie Stelle gab. Kaum verhasste Bunden im Gesicht ließen die Behauptungen der Zeugen, daß das Kind auch mit andren Instrumenten als mit einem Stock gemißhandelt worden sei, glaubhaft erscheinen. Die Angeklagte, die das Kind mit in die Ehe gebracht hatte, gab zu, daß sie daselbst allerdings häufig habe züchtigen müssen. Sie schilderte es als den Inbegriff aller schlechten Eigenschaften. Alle Versuche, es durch Güte zu erziehen, seien vergebens gewesen, es sei von einer außerordentlichen Häßlichkeit und Verlogenheit. Ein Teil der Entlastungszeugen unterstützten die Angaben der Angeklagten, auch die Lehrerin hatte das Kind wiederholt mittels eines Stockes züchtigen müssen. Der Verteidiger bestritt, daß die Angeklagte das ihr zusehende Pflüchtigungsrecht überschritten habe, es habe im Interesse des Kindes selbst gelegen, es von den ihm imwohnenden Lasten zu lürren. Jedemfalls lägen die Verhältnisse so, daß mindestens eine erhebliche Herabsetzung des ersten Strafmaßes geboten erscheine. — Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Berufung. Der Gerichtshof bestätigte das erste Urteil, es bleibt bei sechs Monaten Gefängnis.

Versammlungen.

In der Versammlung des Arbeitervertreter-Vereins vom 5. Dezember referierte der Vorsitzende Kollege Simanowski über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie organisieren wir uns?“ Von den 12 Arbeitervertreter-Vereinen, welche in Deutschland existieren, zählen nach dem Referenten nicht viel über ein Viertel der Mitgliederzahl des Berliner Arbeitervertreter-Vereins. Wenn man bedenkt, daß im Reichs-Versicherungsamt, in den Landes-Versicherungskammern sowie den Landes-Versicherungsanstalten mit den unteren Verwaltungsbehörden circa 10 000 Personen mit der Vertretung aus den Arbeiterkreisen beauftragt sind, außerdem noch die Vorstände von 22 000 Krankenkassen mit circa 115 000 Mitgliedern (ohne die Delegierten) in Betracht kommen, so sei die Zahl der organisierten Arbeiter in diesem Fach als gleich Null anzusehen. Es sei die höchste Zeit sich aufzuraffen, damit nicht die Gegner zuvorkommen und die Gelegenheit auf den Standpunkt von 1890 zurückgeschraubt werde. Simanowski und Dahne hatten am 25. November eine Konferenz mit der Generalkommission in Hamburg und erklärte sich dieselbe einverstanden mit der Organisation von Arbeitervertreter-Vereinen. Der Vorstand des Berliner Arbeitervertreter-Vereins ist beauftragt worden, einen Entwurf ausgearbeitet, welcher der Generalkommission sowie den Gewerkschaftskartellen unterbreitet werden soll, nachdem der Gewerkschaftskongress endgültig dazu Stellung nehmen wird. Sämtliche Diskussionsredner stimmten dem Referenten zu, warnten

aber davor, die Vereinsmeierei nicht zu weit zu treiben und sich vorläufig auf die 31 Landes-Versicherungsanstalten zu beschränken. In diesem Sinne erklärt sich die Versammlung mit dem Vorzeichen des Vorstands einverstanden. Unter dem 2. Punkt berichtet der Vorsitzende über den Besuch der Heilstätte am Grabowje. Es waren dort verschiedene Klagen laut geworden und war auch eine Massenbesuchende bei der Berliner Landesversicherungs-Anstalt eingelaufen. In der Hauptversammlung richteten sich die Klagen gegen das rigorose Verhalten des Chefarztes den Anassen gegenüber, der absolut unzugänglich für einzelne Beschwerden war. Die Vorstandsmitglieder S i m a n o w s k i und B o l d e r s k y liegen sich von den Patienten Bericht erstatten und nahmen dann mit dem Arzt Rücksprache. Nach Auslage eines früheren Anfassens sollen auch die Liebesdienste so ziemlich beseitigt sein.

Folgende Berichtigung geht uns zu: In Nr. 288 des „Vorwärts“ vom Dienstag befindet sich ein Bericht einer polnischen Versammlung, in welchem ich als Referent bezeichnet bin. Demgegenüber stelle ich hiermit fest, daß ich mit der genannten Versammlung nichts zu thun habe, da dieselbe nur von den christlich-nationalen Polen einberufen ist, und ich dieselbe nicht besucht habe. Der Referent war der Schuchmachermeister Janiszewski, Constantin Janiszewski, Elisabeth-Lfer 29.

Berichtigung. Zur Klarstellung des in der Nr. 287 des „Vorwärts“ veröffentlichten Versammlungsberichts des Fachvereins der Maurer sehe ich mich genötigt, folgendes richtig zu stellen: Es ist unklar, daß ein lokalorganisierter Kollege durch einen Verbandskollegen gemahnt wurde. Im Gegenteil hat der Vorsitzende der Lokalorganisation, Gebl, bei Gelegenheit der Untersuchung der angelegten Mahnung selbst in der Debatte erklärt, eine Mahnung liegt nicht vor. Auf den Vorwurf, daß ich als Arbeitervertreter einen Unternehmer gegen einen Arbeiter vor dem Gewerbegericht vertreten habe, werde ich im „Grundstein“ ausführlich eingehen. Hier sei nur bemerkt, daß ich nur meinen Vater vertreten habe, und zwar nicht zu dem Zwecke, um einen Arbeiter um sein angebliches „Recht“ zu bringen, sondern um die Wahrnehmung der Interessen unseres gesamten Gewerbes. Gustav Veder.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Große Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Schäden des Alkoholgenußes. Referent: Dr. D. Juliusburger. 2. Diskussion.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. Dezember 1901. Kühl und ziemlich trübe mit Niederschlägen und frühen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Eutinende	740.25	4	wolfig	1	Japaranda	745.00	2	bedeckt	-11		
Hamburg	743.25	3	Schnee	1	Beterdurg	762.25	4	heiter	4		
Berlin	744.25	5	Regen	2	ab Erben	765.25	5	wolfig	6		
Kranf./M.	752.25	2	wolfig	1	Paris	755.25	3	wolfig	6		
München	754.25	5	bedeckt	1							
Wien	753.25	4	bedeckt	1							

Briefkasten der Redaktion.

R. R. Ein Kleinhandwerksmeister würde sich am schnellsten in einer privaten Unterrichtsanstalt (Strahlendorf, Beutlstr. 11 etc.) die für ihn erforderlichen kaufmännischen Kenntnisse aneignen können. Ein Vierteljahrskursus kommt in einem solchen Institut auf etwa 60 Mark zu stehen. Etwas langweiliger, aber ebenfalls gründlich würden Sie sich die nötigen Kenntnisse auf einer der hiesigen Fortbildungsschulen aneignen können. Dort kostet ein Halbjahrskursus in doppelter Buchführung nur 2 Mark. Im Südosten ist Reichenbergerstr. 44/45 eine solche Schule. Neben Werke zum Selbstunterricht würden Sie in einer Buchhandlung Kaufmann erhalten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Dr. Süring: Erlebnisse und Ergebnisse von höchsten Ballonfahrten.
Im Horsaal:
Gold und Silber.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Passage-Panopticum.
Neu! Der indische Neu!
Doppelmensch!
4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.

Castans Panopticum.
Neu! — Neu!
Das neueste Wunder der Elektrizität:
Vorführung d. Telegraphie ohne Draht.
Vorstellungen vom 11 bis 1 Uhr und 4-10 Uhr.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Heute und folgende Tage:
Die Badepuppe.
Große Ausstattungsspektakel mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Worm u. G. Guido Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paul Müller, Wannovius, Junker-Schatz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr kleine Preise: Die drei Sanleumännerchen.

Schall und Rauch.
Unter den Linden 44.
Mittwoch, den 10. Dezember 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus.
Auftritt der Herren-Virtuosin u. Sängerin Mlle. Jeanne de la Paz.
Morgen u. die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Grosses Festprogramm des Weihnachtsmonats.
Mme. Jourda
in ihrer grossartig. Imitation der Sada Yacco.
Die Harrison-Truppe.
Hella v. Schmidt. Lotte Sebns. Sisters Pontell.
„Mascagni“ etc. etc.
16 neue erstklass. Nummern.

Cirkus A. Schumann.
Mittwoch, den 11. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Grande Soiree Equestre.
Zum 60. Mal:
Abendlich stürmischer Beifall:
A Travers Paris
(Quer durch Paris).
Schliefst: Nordseebad Scheveningen Grösste und glänzendste Ausstattungsgesellschaft und Wasser-Pantomime in 8 Akten.
Vorher ganz erquittetes Programm. Sämtliche neuen Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns neueste Originaldarstellungen.
Neu! Ferner zum 11. Mal: Neu!
The Louisiana Amazon-Guard
Edwarde Damen aus dem Staate Louisiana, darunter die schwarze Patti. Zum erstenmal auf dem Kontinent.
Mr. Thompsons Wunder-Elefanten.

Casino-Theater.
Kottbuserstr. 37.
Neu! Das Volksstück:
„Weihnachten“.
Neu! Die Gesangsposse: „Madchenjäger“. Sent. Spec. Progr. Corradini.
Ab. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Weihnachts-Geschenke.

Wie empfehlen die Beichtigung unres
Reichen Lagers
von
Büchern zu Fest-Geschenken
Bilderbücher, Märchenbücher, Gedichtsammlungen
Illustrierte u. nichtillustrierte Klassiker-Ausgaben
Geschichtliche und naturwissenschaftliche Werke
in allen Preislagen von 15 Pf. bis 5 Mk.

Special-Weihnachts-Verzeichnis — enthält auch besonders empfehlenswerte Jugendchriften — auf Wunsch gratis und franco.

Ein neues Kunstblatt ersten Ranges:
„Die Freiheit führt das Volk“.

Kupfergravüre nach dem berühmten Gemälde von G. Delacroix. 95/72 cm groß. Preis 6 Mk.
Som Künstler selber kolorierte Blätter: 25 Mk.

Kupfer-Radierungen
Portraits Bebel — Liebknecht — Singer à Mt. 1.50, in Rahmen 5 u. 6 Mt. Remarque à Mt. 10.—, alle drei zusammen Mt. 25.

Besondere Weihnachtsgabe für Vorwärts-Leser
zum Vorzugspreise von Mt. 5.— statt Mt. 8.—

Portraits von Marx und Engels
2 Kunstblätter in Kupfer-Radierung.
Größe 85/65 cm.

Unsre Kunstblätter zeichnen sich durch Schönheit und ungewöhnlich billigen Preis aus; im hiesigen Kunsthandel kosten solche Blätter das Doppelte und Dreifache. Wir empfehlen sie daher als
schönste und wertvollste Festgeschenke!

Vereine machen wir auf diese Weihnachtsartikel besonders aufmerksam.
Buchhandlung Vorwärts.
233/3
Benth-Strasse 2.

Theater.

Mittwoch, 11. Dezember.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anf. 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Verschönerung des Piesko zu Genoa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Troll). Geschlossen.
Schiller. Die schöne Melusine. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Sibirier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Frau Holle.
Lehring. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hofhaus. Sein Doppeltgänger. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichen. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Dornröschen.
Seccionsbühne. Deres Pflanzens Bunttes Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bantes Theater (Weberstr.) Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Der Seefahrer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Weihnachts-Vorstellung: Schneewittchen bei den sieben Zwergen.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kaiser kommt. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Die Schlangentänzerin. Vorher: Karfreitag. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Gesellschaft. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welle-Alliance. Rein Gänse. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. König Kana. Luftballon. Originalität. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Hrensia. Lindenstr. 18/19. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Dr. H. Strang: Erlebnisse und Ergebnisse von höchsten Ballonfahrten.
Zum Orfeal: „Gold und Silber“. Anfang 8 Uhr.
Jubelstrasse 57/62.
Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die schöne Melusine.
Dramatische Dichtung in 4 Akten von Georg Reike.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die schöne Melusine.
Freitagabend 8 Uhr:
Die schöne Melusine.

Central-Theater.

Heute Anfang 4 Uhr: **Weihnachts-Vorstellung.** Halbe Preise! Jeder Erwachsene hat ein Kind frei!
Schneewittchen bei den 7 Zwergen.
Weihnachtsmärchen in 5 Akten
Abends 7 1/2 Uhr: **Der Seefahrer.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Novität! Novität!
Die Schlangentänzerin.
Feste in 5 Akten nach dem Englischen des Auth. Hope. Deutsch von Gd. Roth.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Märchenbrunnen. Vorher: Abelside.
Freitag: Volksvorstellung zu kleinen Preisen: **Liane.**
Ab 25. Dezember: Operetten-Saison.

E. von Wolzogens

Bantes Theater (Weberstr.) Köpcke-Str. 68.
Gastspiel der japanischen Truppe **Sada Yacco u. Kawakami**
Gerichtsscene aus dem Kaufmann von Venedig, in japanischer Umdichtung.
Vorstellung des **Bantes Theaters.**
U. a.: **Der Ueberläufer** von Raoul Auernheimer; **Der Nachtwandler.** Musik von H. Schönberg; **Brunnenzauber.** Musik von Jopler; **Das tote Eichhorn** von Rudolf Preßler. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Zum 108. Male:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungsspektakel mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Veré, !! Bender als Saharel !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

(früher Fein-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Ganz Berlin lacht!
und amüsiert sich! über das neue riesengroße
Dezember-Programm.
Um 9 Uhr
die allabendlich mit solistischem Beifall aufgeführte erfolgreiche Ausstattungsgesellschaft
Großstadtzauber
Dugo Luftig; Direktion R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf u. 11-1 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soire: Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Lehmanns Heimkehr.

Entree 50 und 75 Pf. Wochentags
Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf.
Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Plätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Der Glöckner von Notre Dame.
Romanisches Drama
in 8 Bildern von Chail. Ströb. Pfeiffer.
Donnerstag:
Der Glöckner von Notre Dame.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss: **Reinhold Tanneboom!**
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg
durch Neubesetzung u. Umarbeitung der Ausstattungsbüros:
König Aqua
mit Will Walden, Georg Kaiser, Emil Richard, Arnold Rieck, Martin Kottner, Emmy Kröcher. Ferner:
10 auserlesene Spezialitäten
und
La Roland. Georg Kaiser.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
Das neue Dezember-Programm,
28 internationale Künstler 1. Ranges,
unter andern die Cantominen und Chansons animés in der Pariser Original-Befegung.
Anfang 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungsort!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Cirkus Busch

Mittwoch, 11. Dezbr., abds. 7 1/2 Uhr:
„Klondike“. Origin. Pantomime des Cirkus Busch.
Weihnachts-Ausverkauf.
Puppenwagen / außerordentlich billig!
Sportwagen / sich billig!
Max Brinner, Jerusalemstr. 42.
29767. Filiale: Brunnenstr. 6.

Bilder

Wand- u. Fensterdekoration
kauft man am billigsten bei **Oskar Dahm,** Brückenstr. 9. 245/6

Der grosse indische Menagerie-Cirkus

mit 15 Wagen
trifft im Laufe dieser Woche, von Chemnitz kommend, in Berlin ein und wird in dem
grossen Exercierhause am Prenzlauer Thor, Lothringerstr. 1-7
Anstellung nehmen. — Die Menagerie führt Tiere aus allen Weltteilen mit sich, unter andern: **10 Löwen** von seltener Pracht und Schönheit, **Königstiger, Leoparden, Panther, Jaguar, Silberlöwen, Hyänen, Eisbären, schwarze u. braune Bären, russische u. sibirische Wölfe, Schakale, Dingo, Lamas, Zebus, sowie Geparden u. Panzertiere.** Ein 8 Fuss langer Seelöwe, Kondor, Pelikane, Kasuar u. Reptilien aller Art. Eine Kollektion Riesenschlangen, darunter die grösste und gewaltigste Schlange der ganzen Erde.
Das grossartigste und neueste auf dem Gebiete der Raubtier-Dressur.

I. Teil: Auftreten des Fri Remo mit einer Meute Wölfe und Hyänen.
II. Teil: Auftreten der berühmten Dompteure **Miss Hella** mit 5 prachtvollen Löwen.
III. Teil: Die wilde Jagd mit Königstiger im Feuerwagen, ausgeführt von **Mstr. Stefano Gumberto,** die hervorragendste Leistung auf dem Gebiete der Raubtier-Dressur.
IV. Teil: **Der Löwen-Ringkampf,** ausgeführt von **Miss Hella** mit dem Löwen „**Nauke**“, das grösste Wagnis, welches jemals im Leben eine Dame ausgeführt hat. Sodann Vorzeigung der Riesenschlangen, darunter die grösste Schlange der Welt.
V. Teil: Die Fütterung. Seelöwen, Eisbären, Pelikane werden mit Seeischen gefüttert.

Haupt-Dressur und Fütterung
finden nachmittags um 4, 6 und 8 1/2 Uhr statt.
Entree: 1 Platz 1 M., 2 Platz 50 Pf., 3. Platz 20 Pf.
Kinder bis 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.
Eigene elektrische Beleuchtung.
Die Eröffnung wird später bekannt gegeben.
Alles Nähere durch Anschlagssäulen. 2515b
Die Direktion.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35
ist eröffnet!!
Im prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Palast kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich!
Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Karouffels, Erste Pantomime, Panoptikum, Vorführung fremder Bälle, neueste Feldbolen und Ragen, Varietés mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Musikanten, Götter, Boerentänze unter Leitung von Dm Krüger, Musikanten, Räuberhölle, Schießbänke, Raupentheater, Olympia-Billard und vieles andre!
! Verkauf-Centrale für Weihnachtsartikel!
Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf.
Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direktion: O. Cranz.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Kar. erstklassige
Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. N. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**